

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbelasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Postgeld Mk. 1.50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfstraße 28, I.

Nr. 31.

Hamburg, den 30. Juli 1898.

10. Jahrgang.

Lohnbewegung.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Pyritz von den Plätzen der Innungsmeister.

Gestreikt wird in Düsseldorf, Flensburg, Lübeck und Spandau.

In Lübeck sind viele Zimmerer infolge des Streiks der Bauhilfsarbeiter ohne Arbeit; in Magdeburg müssen zunächst die Kameraden in Arbeit gebracht werden, welche am Streik theilhaftig waren; in Schwiebus bestehen noch einige Platzsperrten.

Aufforderung.

Nachbenannte Zahlstellen haben es bis heute nicht für nothwendig befunden, die Adressen der neu oder wieder gewählten Vorstandsmitglieder beim Verbandsvorstande zu melden:

Arnstadt, Angermünde, Bramstedt, Barleben, Brandenburg, Brinkum, Bergedorf, Bergen, Bayreuth, Barth, Barby, Kreuzburg, Crivitz, Cottbus, Cravinkel, Coburg, Delitzsch, Eberstadt, Eutin, Elmshorn, Effen, Erlangen, Flensburg, Freisting, Grevesmühlen, Gera, Greifswald, Gadebusch, Grassdorf, Göppingen, Halberstadt, Hirschberg, Hastedt, Hörbe, Helmstedt, Heibelberg, Hohentkirchen, Karlsruhe, Ludwigshafen a. Rh., Lützen, Lützenwalde, Lübz, Lippstede, Magdeburg, Mühlhausen i. E., Minden i. W., Malchow, Marienburg, Marienwerder, Neukloster, Nordhausen, Naumburg, Neuhalbensleben, Groß-Ottersleben, Oberhausen, Osnabrück, Osterburg, Olbenburg, Pyritz, Pforzheim, Pfungstadt, Profen, Queblinburg, Rehna, Rudolstadt, Rahlstedt, Reichenschwand, Roslau, Salbke-Westerhüfen, Speyer, Salungen, Semb, Selb, Schwaan, Salzweil, Schwarzwald-Stutthaus, Schlawe, Schwelm, Stettin, Starnberg, Stade, Uckermünde, Uelzen, Verden, Versbach, Vienenburg, Wetmar, Weinheim, Wiesbaden, Witten a. d. R., Westerland, Wolfenbüttel, Warnemünde, Worms, Weisenfels, Wölfs, Weisenau, Weiterstadt und Wolmirstedt.

Aus nachbenannten Orten, wo sich Einzelmitglieder unserer Organisation befinden, ist uns gleichfalls ein Vertrauensmann noch nicht in Vorschlag gebracht worden:

Baugen, Burgstädt, Chemnitz, Cotta, Döbeln, Greiz, Lößnitz, Meerane und Plauen i. V.

Folgende Agitationskommissionen haben ebenfalls die Adressen ihrer Vorsitzenden und Kassierer noch nicht gemeldet:

Für Südbayern in München, für Hessen und Hessen-Nassau, für Rheinland in Düsseldorf, für Thüringen in Erfurt, für Mecklenburg in Schwerin, für Pommern in Stettin, für Ost- und Westpreußen in Danzig.

Wir erwarten nunmehr, daß die gewünschten Adressen sofort eingesandt werden, damit die Zusammenstellung und Veröffentlichung erfolgen kann.

Der Verbandsvorstand.

Fr. Schrader, Vors.

„Streitterrorismus“ und die Nothwendigkeit von Arbeitgeberverbänden,

so betitelt sich eine Abhandlung in der Nr. 58 der „Baugewerkszeitung.“

Wenn abseiten der Leiter der Gewerksorganisationen unablässig darauf gedrungen wird, für den Ausbau der Organisationen Sorge zu tragen, wenn durch schriftliche und mündliche Agitation ständig darauf hingewiesen wird, daß in Bezug auf Erhebung und Durchführung von Forderungen bezw. besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen alle sich anbietenden Mittel in Anwendung zu bringen sind, welche die Möglichkeit in Aussicht stellen, auf sogenanntem friedlichen Wege, also ohne Arbeitseinstellung, die ausgebrochenen Differenzen zum Abschluß zu bringen, so dürfte es interessant sein, aus der Feder des Geistesprälaten der Baugewerker einmal das Gegentheil zu vernehmen, d. h. zu erfahren, wie man diesseitig die Arbeitnehmerorganisationen in Bezug auf Einigkeit, Solidarität und Opferwilligkeit in deren Reihen lobhudelt, auf der anderen Seite aber über den auf die „Arbeitswilligen“ ausgeübten Terrorismus lamentirt, um damit die Nothwendigkeit von Arbeitgeberverbänden kund zu thun.

Das Lamento beginnt folgendermaßen: „Wohl noch in keinem Jahre sind so viele Streiks im Baugewerbe zu verzeichnen gewesen wie in diesem. Von den größeren Städten, in welchen gegenwärtig gestreikt wird, nennen wir nur Berlin, Breslau, Magdeburg, Lübeck, Düsseldorf, Dresden, Potsdam, Görlitz und Neumünster. Es wird gestreikt entweder in Form von Generalstreiks oder von Aussperrungen einzelner Bauten. Es bestehen die Streiks, obgleich fast in allen Fällen im Laufe dieses Winters Lohn und Arbeitszeit mit den Arbeitgebern vereinbart worden sind, was aber die Arbeiterführer nicht hindert, im gegebenen günstigen Augenblick von allen Vereinbarungen Abstand zu nehmen und Gewalt vor Recht zu setzen. Nicht selten kommt es vor, daß die streitenden Parteien ein Schiedsgericht anrufen, wie neuerdings in Neumünster; aber der Spruch des Schiedsgerichts wird nur von den Arbeitgebern geachtet, fast niemals von den Arbeitern. (?) Nur in dem Falle nehmen Letztere den Spruch an, wenn er ihnen günstig ist, sonst nicht. Daraus ist die Lehre zu ziehen, daß die Arbeitgeber am besten kein Schiedsgericht anrufen sollten, denn sie haben davon keinen Vortheil, nur Schaden. (?) Ferner ist charakteristisch, daß das Streikpostenstehen und die Umstellung der Bahnhöfe, um zuziehende Arbeiter nicht an die Arbeit zu lassen, in einer Weise organisiert ist, wie man es bis dahin nicht gekannt hat; ebenso werden bei ausgebrochenem Streik die einheimischen Arbeiter gezwungen, das Streikgebiet zu verlassen, um in anderen Orten so lange event. zu billigen (?) Preisen zu arbeiten, bis in der Heimath der Ausstand beendet ist. Dabei wird ein Terrorismus entfaltet, den man früher kaum für möglich gehalten hätte. (?) Die arbeitswilligen Elemente werden so eingeschüchtert, daß sie kaum mehr zu arbeiten wagen. Und es giebt heute Mittel genug, um die willigen Elemente, und diese sind immer noch die große

Mehrzahl, von der Arbeit abzuhalten. Dabei wird es auf offener Straße verhältnismäßig selten zu Gewaltthätigkeiten kommen; man weiß, daß in einem solchen Falle Polizei und Gericht bei der Hand sind. Es genügt auch schon, daß man die Leute, welche trotz des proklamirten Ausstandes arbeiten wollen, „ansieht“ und aufschreibt. Es findet sich dann ein verborgener Ort, um den ruhigen und willigen Arbeiter abzufragen. (?) Das allgemein zur Anwendung gelangende Mittel ist, arbeitslustige Leute von den Arbeitsplätzen wegzugraulen, so daß sie wohl selten länger als einen Tag aushalten; dann verlassen sie die Arbeit „freiwillig“. Diese arbeitswilligen Leute werden geradezu heimatlos gemacht, denn sie finden wegen der straffen „Organisation“ selbst in anderen Städten keine Arbeit. Uns haben es Maurer und Zimmerer schon häufig geklagt, daß sie ihr Handwerk gänzlich hätten aufgeben müssen, weil sie dauernd auf keiner Stelle mehr Arbeit finden, trotzdem ihnen die Meister gern Arbeit geben möchten, denn der Meister ist schon in seltenen Fällen Herr auf seinem Bau. Auch die Poliere haben keine Macht, wenn sie, wie das durchaus nicht immer der Fall ist, das Interesse des Meisters wahrnehmen und die arbeitswilligen Arbeiter schützen wollen. Auch die Poliere fürchten sich vor dem „thätkräftigen“ Streikcomité oder sie machen auch wohl gemeinsame Sache mit ihm. Dem Meister wird dann gesagt, daß der betreffende Geselle nichts leisten könne oder andere unangenehme Eigenschaften habe. Genug, der arbeitswillige Geselle wird auch von dem Polier nicht geschützt und muß weiter wandern, bis ihm der Athem ausgeht. Und das Streikcomité oder „Gewerkschaft“, wie es sich meist nennt, verfügt über große Mittel. Die Kassen sind gefüllt, sie werden nie leer,“ ist neuerdings öffentlich in Magdeburg ausgesprochen worden, und wir glauben, daß dieser Ausspruch richtig ist.

Die Streikkassen verfügen in der That über große Mittel, denn sie zahlen nicht selten jedem ausständigen Gesellen M. 15 bis M. 18 für die Woche aus dem Streikfonds. Woher aber kommen diese Mittel? Jeder Geselle, der sich im Banne des Streikcomités befindet, muß Jahr ein Jahr aus 50 $\frac{1}{2}$ bis M. 1 wöchentlich zahlen. Gewöhnlich am Montag erscheint während der Frühstücks- oder Mittagspause ein Beauftragter auf dem Bauplatz, dem die Gesellen ihr Buch vorzeigen und sich darüber ausweisen müssen, daß sie pünktlich für jede Arbeitswoche der letzten Jahre den Streikbeitrag gezahlt haben. Für den Wochenbeitrag, den sie zahlen, wird ihnen eine Marke in das Buch geklebt oder ein Quittungstempel darauf gedrückt. Wer sich nicht ordnungsmäßig über jede Arbeitswoche ausweisen kann, der ist verwehmt. Man versteht ihn in einer Weise zu nöthigen oder zu bedrohen, daß er sich gern vor dem zweiten Male in Acht nimmt. Solche Quittungsbücher haben wir in den letzten Tagen wiederholt in der Hand gehabt. Und die uns diese Bücher gezeigt haben, haben uns dringend gebeten, von ihrem Namen keinen Gebrauch zu machen! Warum? Das werden unsere Leser

sich aus dem Vorstehenden selbst beantworten können.

Häufig handelt es sich bei den Ausständen und Boykottirungen nicht bloß um Lohnerhöhung oder Zeitverkürzung. Ebenso oft ist es eine reine Machtfrage, welche entschieden werden soll. Hat z. B. ein Unternehmer einen Räubersführer entlassen und will diesen, wie das doch begreiflich ist, nicht wieder in Arbeit stellen, so wird er dazu gezwungen, indem man seinen Bau so lange sperrt, bis er zahm geworden ist. Das geschieht durch Umstellung des Baues, durch sogenanntes Streikpostenstehen, so lange, bis Wirkung erfolgt. Und diese Wirkung bleibt in seltenen Fällen aus, denn auch die Polizei ist nach Lage der Gesetze, wenigstens wie die meisten Gerichte sie auslegen (?), machtlos. (?) Verschiedene Strafkammern haben sich dahin ausgesprochen, neuerdings auch die Strafkammer in Mülhausen i. Th., daß im Allgemeinen die Frage, ob im Streikpostenstehen an und für sich ein grober Unfug zu erblicken sei, nicht bejaht werden könne, wenn eine Belästigung des Publikums in seiner Allgemeinheit nicht vorliege. Nur wenn es zu groben Exzessen gekommen ist oder, wie Polizeibehörden sich ausgedrückt haben, wenn es „blutige Köpfe“ gesetzt hat, dann liegt grober Unfug vor. So etwas kommt ja nun auch vor, aber im Allgemeinen sind stärkere Ausschreitungen doch selten festzustellen, und die Streikpostenstehler hüten sich auch nach Möglichkeit vor Skandal auf offener Straße, denn es giebt genug Gelegenheiten, wo das Auge der Polizei nicht ist. Und vor diesen besseren Gelegenheiten am einsamen Ort fürchten sich die arbeitswilligen Arbeiter mit Recht.

Der gegenwärtige Streik in Lübeck ist auch recht charakteristisch und entwickelt sich ebenfalls als eine reine Machtfrage. Dort ist ein allgemeiner Maurer- und Zimmererzustand ausgebrochen, weil die Innung „Bauhütte“ sich weigert, eine von sozialdemokratischen Agitatoren (?) eingerichtete, den Zwecken sozialdemokratischer Propaganda dienende Organisation der Maurerhandlanger anzuerkennen, und weil die Bauhütte sich von dieser Organisation nicht für alle Arbeiter ohne Unterschied ihrer Leistungsfähigkeit die in gleicher Höhe geforderten Lohnsätze diktiert lassen will. Für die Mitglieder der Bauhütte Lübeck handelt es sich also in diesem Augenblicke darum, ob sie noch ferner die Leitung ihrer Betriebe in der Hand behalten sollen, oder ob ihre Arbeiter dies künftig thun dürfen. Man sieht, eine reine Machtfrage, nichts weiter.

Was soll aber solchem unerhörten Terrorismus gegenüber geschehen? Diese Frage ist schwer zu beantworten. Die Arbeitgeber sind meist durch bündige Kontrakte und hohe Konventionalstrafen verpflichtet und gezwungen, die bedungene Frist zur Fertigstellung des Bauwerks und den verabredeten Preis inne zu halten. Sie können nicht, wie die Arbeiter in unendlich vielen Fällen thun, ungestraft kontraktbrüchig werden. Sie sind fast immer von den Bauherren und Behörden abhängig, welche nicht einmal eine frivole Arbeitseinstellung als höhere Gewalt anzuerkennen brauchen und in vielen Fällen auch nicht anerkennen, wenn es nicht im Bauvertrag verabredet wurde. Neuerdings sind die Arbeitgeber des Baugewerbes, und besonders angeregt durch den letzten Delegirtenkongress des Innungsverbandes D. B. zu Leipzig, zu der Erkenntnis gekommen, daß nur starke Verbände den vernichtenden Folgen der frivolen Arbeitseinstellungen entgegen zu treten vermögen. Aber können diese, es wirklich? Ja, in dem einen Fall, wenn sämtliche Arbeitgeber, oder wenigstens die starke Mehrzahl, in einem Streikbezirk vereinigt sind und wenn große Kapitalien vorhanden oder wenigstens rechtsverbindlich gezeichnet sind, damit Maßnahmen gegen Streiks, Sperren und Boykottirungen Einzelner auch wirklich ausgeführt werden können. Werden einzelne Unternehmer gesperrt, dann hat die Vereinigung der Arbeitgeber diese Sperre durch Entsendung geeigneter Arbeitskräfte nach den gesperrten Bauten zu brechen, und ist das bei den gegenwärtigen Gesetzen nicht immer möglich, dann muß mit einem

allgemeinen Ausschluß geantwortet werden. Eine solche Maßregel, einmüthig ausgeführt, wird, wenn die öffentliche Meinung auf Seiten der Arbeitgeber ist, fast immer Erfolg haben und ist jedenfalls der allmätigen Abschlächtung der Einzelnen durch Arbeitsperren und Streikpostenstehen vorzuziehen. Einem solchen Arbeitgeberverbande wird es auch obliegen, das Publikum und die Behörden zu belehren und aufzuklären, günstige Vertragsbedingungen zu schaffen; für Heranziehung auswärtiger Arbeiter Sorge zu tragen und die ankommenden Arbeiter vor der Vergewaltigung der Ausständigen zu schützen. Die Vereinigung muß aber auch unter Umständen für verwirkte Konventionalstrafen einzutreten vermögen. In jedem Falle aber muß ein solcher Verband so stark an Mitgliederzahl sein, daß für den notwendigen Fall der Arbeitsausschließung die ruhenden Bauten nicht von übelwollenden Konkurrenten weitergeführt werden. Mit einem Wort, es muß das Gefühl für Solidarität stark werden und man muß auch unberechtigten Forderungen in Bezug auf Ausführung und Fertigstellung der Bauten entgegenzutreten vermögen. Dazu aber gehören vereinte Kräfte und viel Geld. Jedemfalls aber immer noch viel weniger Geld, als diejenige Summe beträgt, welche die Arbeitgeber bei einem für die Arbeiter siegreich verlaufenen Streik direkt und indirekt verlieren.

Ferner gehört dazu, daß man in Friedenszeiten versteht, den Krieg vorzubereiten, wie das die Arbeitervereinigungen unablässig und mit Erfolg thun. Endlich aber bleibt die Hauptsache: Opferwilligkeit und Einigkeit, welche die Arbeiterverbände in hohem Grade auszeichnet.

Anstandshalber hätten wir für das im Vorstehenden den Arbeiterverbänden gemachte Kompliment unseren verbindlichsten Dank auszusprechen; das hieße jedoch dem Fuchse den Hühnerstall öffnen! Wissen wir doch, daß die bezeichnete Lobhudelei in angenehmer Verbindung mit endlosen Widersprüchen (als Einigkeit der organisirten Arbeiter, Opferwilligkeit, Solidaritätsgedühl derselben und „Streikterrorismus“) nur den Zweck verfolgt, die Kollegen Bauunternehmer u. d. Arbeiterorganisationen gegenüber rüffelstutzig zu machen, bezw. sie den Arbeitgeberverbänden zuzuführen.

Den Bauarbeitern wird diese Agitation der Arbeitgeber jedoch ein erneuter Ansporn sein, mehr denn je mit aller Vehemenz ihrer agitatorischen Kraft für den Ausbau ihrer Organisationen Sorge zu tragen.

Eine Rede des Reichstagsabgeordneten v. Elm über die Berufsvereine.

Gehalten im Reichstage am 9. März 1898.

Meine Herren, in der Sitzung vom 16. Februar d. J. hat der Herr Abgeordnete Dr. Lieber als einen der Schwerpunkt des arbeitenden Volkes das Korporationsrecht der Berufsvereine bezeichnet und uns erklärt, das Zentrum werde darauf halten, daß dieser Antrag mit noch zwei weiteren Anträgen über die Koalitionsfreiheit nach einander im Plenum zur Verhandlung kommen werden, und dann zum Schluß gesagt: „Dann werden wir einmal sehen, wer den Arbeitern den wahren Vorteil bringt.“ Ich werde später auf den Antrag des Zentrums ja noch speziell eingehen, und werden wir dann ja sehen, wie weit der Entwurf des Zentrums für die Arbeiter überhaupt von Werth ist. Gegenüber der etwas kühnen Sprache des Zentrums aber möchte ich denn doch behaupten, daß die einzigste Gelegenheit für eine so ausschlaggebende Partei, wie das Zentrum es ist, diese Sache zu regeln, die gewesen wäre, bei der Berathung des bürgerlichen Gesetzbuchs darauf zu bestehen, daß die Angelegenheit dort endgültig geregelt worden wäre. Damals aber hatte ja vorher schon Herr von Stumm gedroht, daß er die Flinte in's Korn werfen werde, wenn die Regierung sich darauf einlassen würde, der Berufsvereinen Gesetzmäßigkeit zuzuerkennen, und der Herr Graf von Posadowsky ist ja ein sehr gelehriger Schüler des Herrn von Stumm, und so kam es denn ja, daß hier grundsätzlich daran festgehalten wurde, daß bei dem bürgerlichen Gesetzbuche die Sache nicht geregelt werden sollte. Ich meine, damals hätte der Reichstag eine Macht in Händen gehabt, damals hätte er die Sache regeln können. Die Regierung wollte das bürgerliche Gesetzbuch. Heute arbeiten wir, wie das Herr von Stumm ja auch in der letzten Sitzung erklärt hat, thatsächlich wieder einmal pro nihilo. Wenn der Reichstag in Wirklichkeit diesen Gesetzentwürfen, die vorliegen, seine Zustimmung erteilt, so wird der Bundesrath doch die betreffenden Entwürfe einfach in den Papierkorb wandern lassen. Ich meine, deshalb hätte es sich für die Herren vom Zentrum, die

jetzt plötzlich wieder vor den Wahlen ihr arbeiterfreundliches Herz entdeckt haben, doch geizt, daß sie eine etwas bescheidenere Sprache geführt hätten. Dem Grundgedanken der beiden Anträge stehen wir ja sehr sympathisch gegenüber; wir haben das ja schon im Jahre 1894 ausgesprochen.

Zunächst will ich nun auf die Gründe, die damals und auch jetzt wieder gegen die Anträge vorgebracht sind, eingehen. Mein geehrter Herr Vorredner hat damals erklärt, daß eigentlich für die Arbeitgeber ein Bedürfnis für ein solches Gesetz garnicht vorhanden sei. Wenn dies Gesetz zu Stande komme, hätte es nur Werth und Bedeutung für die Arbeiter; für andere Stände, Handwerker, Aerzte usw. hätte es gar keinen Werth. Dem gegenüber ist es doch wohl von Werth, darauf zu verweisen, welche Wirkungen in Frankreich das Gesetz über die Berufsvereine vom 21. März 1884 gehabt hat. Dort haben sich auf Grund des Gesetzes Syndikate gebildet von Ärzten, Juristen, Architekten, Künstlern, Apothekern, Privatgelehrten, Staatsarbeitern und eine ganze Reihe landwirthschaftlicher Syndikate, außerdem eine große Zahl von Arbeitgeber-Syndikaten. Die Arbeitgeber-Syndikate sind von Jahr zu Jahr im Steigen begriffen. 1884 waren davon vorhanden 101, 1891 gab es deren schon 1127, 1894 waren es schon 1518 Arbeitgeber-Syndikate, die zusammen 122251 Mitglieder hatten. Ferner gab es am 1. Juli 1894 nach dem Handwörterbuch für Staatswissenschaften 177 gemischte Syndikate mit 29 124 Mitgliedern, 1093 landwirthschaftliche Syndikate mit 384 332 Mitgliedern. Meine Herren, das sind zusammen 2788 Syndikate, in welchem nicht Industriearbeiter enthalten sind, in welchen Arbeitgeber vertreten sind, und andere Stände: landwirthschaftliche Arbeiter und auch kleine Bauern usw., die also zusammen 535 707 Mitglieder haben. Nun haben sich ja selbstverständlich auf Grund des Gesetzes auch die Syndikate der Industriearbeiter vermehrt. Anfänglich war wenig Stimmung unter den Industriearbeitern für diese Syndikate vorhanden; aber mit der Zeit haben dieselben an Zahl wie auch an Mitgliedern gewaltig zugenommen. 1884 waren es deren 68; die Zahl steigt dann ganz rapid: 1885 auf 221, 1886 auf 280, bis zum Jahre 1896 auf 2243, in welchen zusammen 422 777 Mitglieder waren.

Meine Herren, ich bitte Sie also, beide Zahlen einmal gegenüber zu halten: die Zahl der Nichtindustriearbeiter, die auf Grund des Gesetzes über die Berufsvereine organisiert sind, beträgt 533 707, die Zahl der direkten Industriearbeiter dagegen nur 422 777. Ich meine, damit ist der Beweis hinlänglich erbracht, daß ein solches Gesetz Werth und Bedeutung nicht nur für die industriellen Arbeiter, sondern auch für die anderen Kreise hat; und wenn hier behauptet wird, ein Bedürfnis liege für Deutschland nicht vor, so behaupte ich, daß sich das Bedürfnis herausstellen wird, sobald man ein solches Gesetz hat, und daß sich auf Grund dieses Gesetzes eine ganze Reihe Angehöriger anderer Stände organisiren werden.

Man hat nun behauptet, in Deutschland sei deshalb kein Bedürfnis dafür vorhanden, weil hier die sozialpolitische Gesetzgebung hinlänglich für die Arbeiter gesorgt habe, daß für die Gewerkschaften schließlich eigentlich nur der Streik übrig bleibt. Meine Herren, diese Behauptung steht in direktem Widerspruch mit den Thatsachen. Bei der sozialen Gesetzgebung kommen zunächst einmal die Krankenkassen in Betracht. Die Gemeindekrankenstellen, die Ortskrankenstellen zahlen in den meisten Fällen ein für die Bedürfnisse einer bedeutenden Anzahl von Arbeitern viel zu niedriges Krankengeld. Die Arbeiter haben deshalb Zuschußkrankenstellen gegründet; aber auch eine ganze Reihe von Gewerkschaften zahlen heute schon Zuschuß zum Krankengeld. Ich nenne hier die Bildhauer, die Buchdrucker, die Hutmacher, die Kupfer schmiede, die Porzellanarbeiter, die Tabakarbeiter, die Zigarrensortierer. Zweifellos werden mit der Zeit andere Gewerkschaften folgen, da in Bezug auf ausreichende Krankenunterstützung den Bedürfnissen der Arbeiter keineswegs genügend Rechnung getragen ist. Nehmen wir dann die Altersrenten! 90 Prozent der Arbeiter, meine Herren — das ist ja bekannt — werden keine 70 Jahre alt; für diese hat die Altersrente deshalb absolut keinen Werth. Wenn nun Jemand wirklich das „Glück“ hat, 70 Jahre alt zu werden, so kann 35 $\frac{1}{2}$ pro Tag auch wohl nur ein Herr von Stumm mit seinem bekannten Wohlwollen für die Arbeiter als eine hinreichende Unterstützung bezeichnen. Altersrente zahlen die Gewerkschaften nicht, weil sie für die große Masse der Arbeiter nicht in Frage kommt. Dann kommt die Invalidenrente; im niedrigsten Fall beträgt sie 31 $\frac{1}{2}$ pro Tag, für den günstigsten Fall, also wenn Jemand 50 Beitragsjahre hindurch den höchsten zulässigen Beitrag gezahlt hat, M. 1,14 pro Tag, und das soll eine ausreichende Unterstützung sein? Eben weil sie das nicht ist, haben jetzt schon einige Gewerkschaften Invalidenunterstützung eingeführt: es sind dies die Buchdrucker, Handhutmacher und Hutmacher. Bleibt also nur noch die Unfallversicherung, zu welcher einen ganz wesentlichen Theil die Arbeiter selbst beitragen, indem bei einem Unfall in den ersten 13 Wochen die Krankenkassen das von ihnen statutarisch festgesetzte Krankengeld an den Verletzten zu zahlen haben. Mit der Unfallversicherung haben sich die Gewerkschaften bisher nicht befaßt. Als ausreichend kann man auch diese Unterstützung nicht bezeichnen.

Aber das sind nicht die einzigen Nothfälle, die für den Arbeiter in Betracht kommen. Uebrig bleibt vor allen Dingen das gewaltige Heer der Arbeitslosen, für welches ja der Herr Vorredner seine Sympathie bewiesen hat, indem er erklärte, er hoffe, daß doch einmal eine staatliche Regelung der Unterstützung der Arbeitslosen stattfinden werde. Vorläufig haben wir die staatliche

versicherung aber noch nicht, und die Versuche, die bisher mit kommunaler Versicherung gemacht sind, haben sich bisher als besonders praktisch nicht erwiesen; die Arbeiter haben dann auch nicht so lange gewartet, bis der Staat kommt und die Frage für die Arbeitslosen regelt, sondern haben längst selbst gehandelt. Heute schon unterstützen zwei Drittel der bei der Generalkommission angeführten Gewerkschaften ihre arbeitslosen Kollegen, wenn sie sich auf der Reise befinden. Arbeitslosenunterstützungen am Orte zahlen folgende Gewerkschaften: die Bildhauer, Brauer, Buchdrucker, Former, Glasarbeiter, Glaser, Handschuhmacher, Hutmacher, Kupferschmiede, Lederarbeiter, Porzellanarbeiter, Zigarrenfortirer.

Nun will ich einmal feststellen, in welchem Verhältnis die Ausgaben für Unterstützungen zu den Ausgaben für Streiks stehen. Meine Herren, die Gewerkschaften sollen, nach den Darstellungen, die hier gemacht worden sind, nur Streikvereine sein. Auch Graf von Posadowsky hat uns erklärt, indem er auf England verwies: „daß wir solche Arbeiterkoalitionen, die zum großen Teil nichts sein würden als Streikvereine, bei uns nicht zu haben wünschen, können Sie uns nicht übel nehmen.“

Was zunächst die englischen Gewerkschaften betrifft, so sind schon von Herrn Dr. Schneider, zum Teil auch von Herrn Roßke die Summen angeführt worden, die in den einzelnen Jahren von den englischen Gewerkschaften für Streiks verausgabt worden sind.

Meine Herren, ich habe nun, und zwar deshalb, weil Herr Freiherr von Stumm die Angaben des Herrn Schneider bezweifelte, weil er sagte, im letzten Jahre seien allein für den Maschinenbauereistreik in England 14 bis 17 Millionen verausgabt worden, einmal die Ausgaben für die 5 Jahre 1892, 1893, 1894, 1895 und 1896 zusammengefaßt und mache darauf aufmerksam, daß in diesen Zeitraum der große Bergarbeiterstreik fällt, der jedenfalls auch eine ebenso große Summe an Unterstützungen verschlungen hat wie der Maschinenbauereistreik. Darnach stellt sich, und zwar nach den offiziellen Angaben des Labour Department, des englischen Arbeitsministeriums, die Sache wie folgt:

Es verausgabten 100 der größten Vereine in England mit 966 953 Mitgliedern während der 5 Jahre insgesamt M. 147 466 340, davon für Arbeitslosenunterstützung M. 39 915 580, für Krankenunterstützung M. 13 771 620, für Invalide M. 12 197 540, bei Todesfällen M. 7 327 780, für sonstige Unterstützungen M. 8 868 940. Das macht also für diese Unterstützungen überhaupt M. 82 081 460. Für Streiks wurden in diesen 5 Jahren verausgabt M. 29 128 800; das macht also von der Gesamtausgabe der englischen Gewerkschaften keine 20 pZt.!

Nun wollen wir einmal dem gegenüber untersuchen, wie dieses Verhältnis sich in Deutschland stellt. In Deutschland waren organisiert in Gewerkschaften 335 088, in Gewerkvereinen 71 767, das sind zusammen 406 855 Arbeiter. Dann kommen noch hinzu die evangelischen und katholischen Arbeitervereine. Beide Gattungen können ja als wirkliche Arbeitervereine nicht betrachtet werden, da dieselben auch einen großen Theil von Nichtarbeitern als Mitglieder haben. Anfang 1896 waren die evangelischen Arbeitervereine nach dem Handwörterbuch für die Staatswissenschaften in 7 Unterbünde getheilt mit 52 402 Mitgliedern; davon waren Arbeiter 32 822, Handwerker 9 470 und sonstige Nichtarbeiter 10 110. Katholische Arbeitervereine gab es Anfang 1896 790 mit 153 000 Mitgliedern. Auch in den katholischen Vereinen befindet sich ja eine große Zahl von Nichtarbeitern, und man kann auch hier wohl rechnen, daß nur zwei Drittel der Mitglieder wirklich Arbeiter sind. Im Ganzen wird es sich herausstellen, daß hier in Deutschland in Vereinen 540 000 bis 550 000 Arbeiter organisiert sind; das ist also gut eine halbe Million, während ja in England 1½ Millionen Arbeiter in Trades-Unions organisiert sind.

Das Vermögen, welches die Vereine hier in Deutschland besitzen, ist das folgende. Im Jahre 1896 hatten die 50 Gewerkschaften, die bei der Generalkommission angeschlossen waren, ein Vermögen von M. 2 309 745,61. Nach den Mittheilungen des Herrn Dr. Schneider sollen ja die Gewerkvereine ein Vermögen von M. 800 000 haben. Die evangelischen Vereine haben ein Vermögen nach dem Handwörterbuch für die Staatswissenschaften von M. 185 900. Ueber die Verhältnisse der katholischen Vereine sind keine Angaben vorhanden; es heißt in dem Handwörterbuch für die Staatswissenschaften, daß es bezüglich der Verhältnisse der katholischen Arbeitervereine nicht besonders bestellt ist. Immerhin kommt auf die Vereine, die hier bestehen, mindestens ein Vermögen von 3 Millionen, und dieses Vermögen ist keineswegs geschädigt genügend geschützt, worauf die Arbeiter unter allen Umständen dasselbe Recht hätten wie jeder andere Staatsangehörige.

In Bezug auf die Streiks stellt sich das Verhältnis wie folgt. Ueber die Ausgaben der katholischen und der evangelischen Vereine und der Gewerkvereine steht mir Material nicht zur Verfügung; ich kann also nur die statistische Zusammenstellung der Generalkommission vortragen, indem ich zum Vergleich dieselben Jahre wie in England zu Grunde lege. Darnach sind insgesamt verausgabt M. 11 769 633,04, davon für Rechtschutz M. 69 188,14, für Gemahregelte M. 357 569,95. Diese hohe Summe beweist, wie wenig bisher von den Arbeitgebern das Recht der Arbeiter, sich zu organisieren, respektiert worden ist. An Heilseunterstützungen wurden ausgegeben M. 1 674 415,58, für Arbeitslosenunterstützung M. 1 267 041,76, für Kranke und Invalide M. 1 691 576,65. Ich will hier bemerken, daß hierbei die Ausgaben der eingeschriebenen Hilfskassen nicht mitgerechnet sind. Bei Sterbefällen und sonstigen Nothfällen wurden gezahlt

M. 202 907,43. Insgesamt macht das eine Ausgabe für Unterstützungen von M. 5 270 699,51. Dagegen wurden für Streiks ausgegeben in Deutschland nur M. 1 497 242,07, das ist von den Gesamtausgaben der Gewerkschaften nur 12,7 pZt., über 7 pZt. weniger als die englischen Gewerkschaften in demselben Zeitraum für Streiks bezahlt haben. Auf den Kopf berechnet, macht das pro Jahr und Mitglied M. 1,18, und auf die Woche berechnet 2,27 M. Ich meine, diese Zahlen sind Beweis genug dafür, daß die deutschen Gewerkschaften nicht nur Streikvereine sind, sondern daß sie ganz Gewaltiges auf dem Gebiete der Unterstützung der Arbeiter leisten. Das Unterstützungswesen würde sich in Deutschland noch viel mehr entwickeln, wenn die Gewerkschaften einen größeren Elbogenraum zu ihrer Entfaltung zur Verfügung hätten. Ein Vergleich zwischen den englischen und den deutschen Gewerkschaften in Bezug auf das Unterstützungswesen fällt ja immerhin sehr zu Ungunsten der deutschen Gewerkschaften aus. In Deutschland hat besonders die Organisation der Buchdrucker auf dem Gebiete der Arbeitslosenunterstützung ganz Bedeutendes geleistet, und zwar entfiel von den gesamten Ausgaben, die die sämtlichen Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung hatten, allein zirta die Hälfte auf die Buchdruckerorganisation. Wenn wir einen Vergleich ziehen wollen zwischen der vom Herrn Grafen Posadowsky so hoch gepriesenen Sozialreform und der Leistung dieser Organisation, so fällt dieser Vergleich sehr zu Ungunsten der Sozialreform aus. Ich habe hier eine äußerst interessante Tabelle aus den Jahren 1880 bis 1893, in der nach der Gesamtsumme der Unterstützungen die Gesamtzahl der Tage berechnet ist, für welche Unterstützungen geleistet worden sind; diese Zahl ist dann wieder dividirt durch die Gesamtzahl der Tage eines Jahres. Der Durchschnitt der 14 Jahre ergibt nun das folgende Resultat: Arbeitslose wurden unterstützt 479 mal 365 Tage, Gemahregelte 146 mal 365 Tage, Kranke 467 mal 365 Tage, Invalide 155 mal 365 Tage: das sind zusammen 1247 Personen, welche von der Gewerkschaft das ganze Jahr hindurch unterstützt wurden. Die Durchschnittsmittelgliederzahl der hier zu Grunde gelegten 14 Jahre betrug 12 163; es haben somit 10 Arbeiter durch ihre Beiträge einen ihrer Kollegen das ganze Jahr hindurch in allen Fällen der Noth wirksam unterstützt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und nun frage ich Sie: verdient ein solches Streben der Arbeiter gesetzliche Anerkennung oder nicht? Nehmen wir einmal die 479 Arbeitslosen, die das ganze Jahr vor dem Versinken in Pauperismus durch die Beihilfe ihrer Kollegen geschützt wurden; ist es nicht auch im Interesse des Staates, daß die Arbeiter ihre Kollegen vor Noth und Elend bewahren? Für die Ausbeutungszwecke der Großkapitalisten mag ein heruntergekommener Arbeiterstand werthvoller sein — im Interesse der Gesamtheit, der Staatsbürger ist es nach meinem Dafürhalten, daß der Arbeiterstand konsumfähig gehalten wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber man kann mir entgegen: das sind nur die Buchdrucker, bei den Uebrigen ist es nicht der Fall. Da will ich nur bemerken, daß, wenn in Deutschland nicht durch ständige Chikanen die Entwicklung der Arbeiterbewegung gehemmt würde, dann zweifellos die Gewerkschaft auf diesem Gebiet noch bedeutend mehr leisten würde.

In England steht die Regierung den Bestrebungen der Arbeiter wohlwollend gegenüber. In den Regierungswerkstätten ist die achtstündige Arbeitszeit eingeführt und werden Löhne gezahlt, die von den Gewerkschaften festgelegt sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei Vergeltung von Regierungsarbeiten an die Unternehmer wird ausbedungen, daß die von den Gewerkschaften festgesetzten Löhne bezahlt werden müssen; ja, die Regierung unterstützt direkt die von den Arbeitern gegründeten Genossenschaften. Nach einem Bericht des Labor Department aus dem Jahre 1896 hat die englische Regierung im Laufe von 11 Jahren Kontrakte abgeschlossen mit Arbeitergenossenschaften im Betrage von M. 10 365 613. Der Hauptantheil davon entfällt auf die Genossenschaften der Schuhmacher; an diese gab das englische Kriegsministerium allein Arbeiter ab im Betrage von M. 8 369 331. Der offizielle Bericht konstatirt, daß die Behörden von den Genossenschaften billiger und besser bedient werden als von den Kapitalisten, und daß aus diesem Grunde die Aufträge seitens des Kriegsministeriums stets und ständig erneuert worden sind.

Nun hat ja hier der Herr Abgeordnete v. Stumm in der letzten Sitzung uns gesagt, das sei Alles gewesen, und das würde jetzt Alles anders werden, und zwar, weil eben durch den Maschinenbauereistreik den Leuten in England die Augen geöffnet worden seien.

Ich will zunächst einige Bemerkungen bezüglich des Maschinenbauereistreiks machen, die ich für nötig halte, weil einige falsche Angaben richtig gestellt werden müssen. Es ist die Rede davon gewesen, daß Tom Mann den Maschinenbauern den Rath gegeben hätte, die Forderungen so zu stellen, wie sie gestellt worden sind; und Herr v. Stumm hat darauf gelagt: wenn ein so alter Verband wie der Maschinenbauerverband in England sich von einem beliebigen außenstehenden Herrn verführen läßt, kann kaum etwas mehr gegen die Gewerkschaften sprechen. (Zuruf.)

Ja, Herr v. Stumm, Sie haben ja allerdings keine Ahnung davon, daß Herr Tom Mann Maschinenbauer ist, und daß er Mitglied des Maschinenbauerverbandes ist (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und daß er deshalb durchaus das Recht hat, in seinem Verein seinen Kollegen Rathschläge zu geben; und wenn dieselben diese Rathschläge akzeptiren, so ist das ihre Sache, und es ist ihm daraus kein Vorwurf zu machen. Es fällt deshalb auch die Schlussfolgerung, die Sie gezogen haben, hinweg.

Von sämmtlichen Herren, die bisher sprachen, hat keiner die Forderung der Maschinenbauer für richtig anerkannt. Man kann ja darüber zweierlei Meinung sein, ob das praktisch war, daß die Maschinenbauer derartige Forderungen stellten, zu der Zeit praktisch war, die achtstündige Arbeitszeit zu verlangen und zu verlangen, daß dort, wo Hilfsarbeiter eingestellt werden, diese gleich den qualifizirten Arbeitern bezahlt würden; aber über die Berechtigung läßt sich doch absolut garnicht streiten. Die Arbeiter haben zweifellos das Recht, zunächst nach einer Verkürzung der Arbeitszeit zu streben. Ich meine auch, daß die Herren Kapitalisten durchaus nicht berechtigt sind, es für sich als ein Privilegium zu betrachten, daß durch Einführung verbesserter Maschinen so und so viel Tausend von Arbeitern brotlos gemacht werden. Wenn die Arbeiter erklären: wir haben nichts gegen die neuen Maschinen, wollen aber, daß die Arbeiter nach wie vor denselben Lohn erhalten, und wir wollen vor Allem verhindern, daß eine große Zahl unserer Kollegen dadurch brotlos wird —, so ist den Arbeitern die Berechtigung hierzu nicht abzuspochen. Etwas Anderes ist es, ob es unter den Umständen praktisch war, und über diese Frage haben sie selbstverständlich allein zu entscheiden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dann hat Herr von Stumm hier gesagt, es sei ein fundamentaler Irrthum, daß in England alle Welt auf dem Boden der Gewerkschaften stünde; in England sei man jetzt von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten der Ansicht, daß es mit den bestehenden Zuständen nicht weiter gehen könne; ja, er hat uns gesagt, daß kein praktischer Politiker, kein praktischer Mann in England der Ansicht sei, daß die Sachen so weiter gehen dürfen. Und als Beweis hat er uns zunächst eine Organisation der Arbeiter angeführt, von der auch der Herr Vorredner sprach, die free labour organisation, die Organisation der sogenannten freien Arbeiter. Diese soll eine Resolution angenommen haben, nach welcher sie die Arbeitgeber auf das Dringendste auffordert, den Maschinenbauern nicht nachzugeben. Daß die das beschloffen haben, davon bin ich völlig überzeugt. Ich kenne diese Organisation aus eigener Anschauung etwas; diese sogenannten freien Arbeiter sind nichts weiter als organisirte Streikbrecher, und zwar wurden sie nicht erst jetzt organisiert, Herr von Stumm, sondern diese Organisation hat schon bestanden seit dem großen Dodarbeiterstreik; damals ist sie in England gegründet mit dem Gelde der Fabrikanten (hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und wird auch heute noch von dem Gelde der Fabrikanten erhalten.

Nun, was diese Streikbrecherorganisation, die sogenannte freie Arbeiterorganisation, bedeutet, so habe ich sie zur Zeit des Hafenarbeiterstreiks kennen gelernt. Damals hatte diese freie Organisation übernommen, den Hamburger Schiffshedern die nöthige Anzahl Streikbrecher zu liefern. Ein Theil der Leute ist gekommen, und diese „freien“ Arbeiter entpuppten sich sehr bald als ein unerhörtes freches, zusammengekauftenes, durch Alkohol korruptirtes Gesindel. (Hört! hört! links.) Meine Herren, diese Herrschaften forderten das Doppelte, Dreifache von dem, was die Hamburger Arbeiter beanspruchten; sie waren meistens betrunknen, so daß die Schiffseigner schließlich froh waren, als sie die Gesellschaft wieder so wurden. Das waren die freien Arbeiter aus England! Das glaube ich allerdings, daß diese derartige Beschlässe fassen; denn für sie blüht erst der Weizen, wenn der Streik ausgebrochen ist, wenn sie den Arbeitern in den Rücken fallen und dann ihre unerschämten Forderungen an die Arbeitgeber stellen können, die ihnen dann sämmtlich bewilligt werden müssen. Sie verstehen größtentheils vom Geschäft sehr wenig. Erst dann, wie gesagt, blüht ihr Weizen, wenn andere, gute Arbeiter in Streik getreten sind.

Kein praktischer Mann, sagt Herr v. Stumm, sei in England der Ansicht, daß es so weiter gehen dürfe. Ich frage Herrn v. Stumm, ist der Kolonel Dyer, der Leiter der Fabrikanten der Maschinenbauindustrie, ein praktischer Mann oder nicht? Der Kolonel Dyer hat ausdrücklich und wiederholt ausgesprochen, daß er nichts gegen die gewerkschaftliche Organisation habe; er hat sogar gesagt, daß er hoffe, den Tag noch zu erleben, wo jeder Arbeiter irgend einem Berufsverein angehöre, und jeder Unternehmer irgend einem Unternehmerverein (hört! hört! links), und er hat dann hinzugefügt: dann werden wir unter gleichen Bedingungen zusammenkommen und die Dinge nach umfassenden und vernünftigen Grundsätzen diskutieren.

Einen Haupttrumpf glaubte Herr v. Stumm gegen uns auszuspielen zu können, als er uns die Heleute Webb vorführte; er hat uns erklärt, diesen, die früher die begeisterten Anhänger der trades unions waren, seien durch den Maschinenbauereistreik die Augen aufgegangen; in einer Broschüre, welche sie veröffentlicht hätten, heiße es, nachdem alle Noththeile und Fehler der Gewerkschaften dargelegt sind, unter Anderem: „die Gewerkschaften sind heute eine bürokratische, drakonische organisirte Organisation, deren Hauptaufgabe die gute Versorgung der Führer ist — und er hat dann auf französisch hinzugefügt: gerade wie bei uns! Ich weiß nicht, warum Herr v. Stumm das nicht auf deutsch gesagt hat; das würde mindestens für die Arbeiter bedeutend verständlicher gewesen sein.

Ich muß zunächst auf das Entschiedenste protestiren gegen diese letztere Behauptung. Ich habe Arbeiterorganisationen kennen gelernt nicht nur in Deutschland, sondern in verschiedenen Ländern, und ich kann Ihnen das Eine sagen: In keinem Lande der Welt habe ich bisher einen größeren Opfermuth angetroffen unter den Arbeitern als gerade in Deutschland. Die Arbeiterführer, die Leiter der Gewerkschaften sind zum größten Theil nicht bezahlt; wenn sie nach

schwerer Arbeit Abends nach Hause kommen, verrichten sie die Geschäfte der Gewerkschaft. Glauben Sie, daß namentlich die politische Bewegung in Deutschland so stark und so groß geworden wäre ohne diesen Opfermut der Arbeiter? (Sehr richtig!) Und ihnen nun eine derartige Beleidigung in's Gesicht zu schleudern, daß die Organisation nur dazu da sei, um die Führer der Arbeiter gut versorgen zu können, das finde ich geradezu unerhört.

Was nun die Broschüre der Eheleute Webb anbelangt, so hatte ich von vornherein starken Grund, zu bezweifeln, daß diese Broschüre existierte. Ich habe von vornherein angenommen, daß sie nur in der Phantasie des Herrn von Stumm vorhanden ist. (Hört! hört! links.) Daß die Eheleute Webb so allgemein ein verurteilendes Urteil über die Führer der englischen trade unions gefällt haben könnten, hielt ich vollständig für unmöglich. (Sehr richtig! links.) Ich habe dann eifrig Nachforschungen angestellt und bin Herrn von Stumm dafür sehr dankbar, ich habe dadurch sehr viel Interessantes und Lehrreiches kennen gelernt; ich habe zunächst einmal das im Verlage von J. S. W. Diez in Stuttgart in deutscher Uebersetzung erschienene Werk „Theorie und Praxis der englischen Gewerksvereine“ durchgesehen. Es ist dort in den ersten Kapiteln vom Bau der Gewerksvereine die Rede und auch wiederholt von den Führern, aber auch nicht eine Silbe findet sich dort, welche das von Herrn von Stumm den Eheleuten Webb in den Mund gelegte Urteil bestätigt. Im Gegenteil, Seite 28 ist beispielsweise von Robert Knight, dem Generalsekretär der Kesselschmiede, die Rede; Beatrice und Sidney Webb nennen denselben einen geschickten Staatsmann, einen Mann von bemerkenswerthen Fähigkeiten und Charakterstärke Seite 32 ist von der Bergarbeiterorganisation in Northumberland die Rede; die Exekutivbeamten dieser Organisationen nennen Beatrice und Sidney Webb absolut ehrliche, ungewöhnlich fähige und erfahrene Männer. Auf Seite 35 ist von der großen Föderation der Kohlenbergleute und der Baumwollnarbeiter die Rede; es wird von derselben gesagt, daß diese beiden Gewerksvereine sich durch die Ausbildung einer sachverständigen Beamtenschaft auszeichnen, die an Zahl und Tüchtigkeit die aller anderen Gewerksvereine übertrifft. Sie sehen, meine Herren, überall das Gegenteil von dem, was Herr v. Stumm behauptet hat!

Bei meinen weiteren Nachforschungen fand ich auch noch einen Artikel, der von Sidney Webb geschrieben war und speziell mit dem Maschinenbauerstreik beschäftigt. Dieser Artikel ist in der Wiener „Zeit“ abgedruckt in Nummer 176 vom 12. Februar 1898. Aus diesem Artikel will ich einige kurze Stellen anführen, und Sie werden dann daraus ersehen, daß das vollständig unmöglich ist, daß Sidney Webb ein solches Urteil, wie Herr v. Stumm behauptet hat, hat fällen können. Herr v. Stumm hat uns hier beispielsweise erzählt von den kolossalen Verlusten an Nationalvermögen, von den kolossalen Summen, die an die Streitenden verausgabt worden sein sollen während des Maschinenbauerstreiks; hören wir einmal darüber Sidney Webb:

„Allerdings“, sagte derselbe, „ist es leicht, den dadurch in Wirklichkeit herbeigeführten Verlust des Nationalvermögens zu übertreiben. Der Schaden, welchen die achtmonatliche Arbeitsruhe der 80 000 Arbeiter mit sich brachte, erreicht ungefähr die Höhe des Wertes der gesamten Arbeit des Volkes an einem einzigen Tage. Der allgemeine Feiertag anlässlich des Jubiläums der Königin im vorigen Jahre hat also England einen ebenso großen Verlust an Zeit und Arbeitsleistung gebracht als dieser große Kampf. (Zuruf und Heiterkeit links.) Die Thatsache, daß 75 pZt. der Mitglieder des Gewerksvereins der Maschinenbauer während des Kampfes in der Arbeit verblieben, zeigt deutlich, daß die 700 verbündeten Unternehmer nur einen Bruchtheil der gesamten Maschinenindustrie darstellen.“

Und wie urtheilt Sidney Webb selbst über den Ausgang des Kampfes?

„Was sind also die Ergebnisse des Kampfes“, heißt es dort, „und des ihn beendenden Friedensschlusses? Da haben wir zunächst die bemerkenswerthe Thatsache zu verzeichnen, daß die Unternehmer es nie gewagt haben, den trade unions ihr Recht zur Verhandlung über die Arbeitsbedingungen Namens ihrer Mitglieder zu bestreiten, obgleich sie den Kampf zur Behauptung ihrer angeblichen Rechte führten, „mit ihrem Eigenthum verfahren zu können, wie sie wollten und Herren zu sein in ihren eigenen Arbeitsstätten.“ Sie haben vielmehr ihre Zustimmung ausgesprochen zur kollektiven Regelung des Arbeitsverhältnisses, und die öffentliche Meinung hat diese Konzeption an das Hauptprinzip des Trade-Unionismus entgeltlich ratifiziert.“

Und nun wendet sich Sidney Webb direkt an Herrn von Stumm und fährt fort:

„Baron von Stumm in Deutschland, Herr Frid in Pittsburg und Herr Siemens in London werden jetzt wissen, daß die Rückkehr zur alten Praxis der individuellen Regelung des Arbeitsvertrages in Großbritannien auf keinen Fall mehr vorzüglich wird gestattet werden.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Sidney Webb kennt Herrn von Stumm nicht so wie wir, sonst würde Herr Sidney Webb Derartiges nicht behauptet haben; wir sind davon überzeugt, daß eher der Mond vom Himmel herunterfällt, als daß Herr v. Stumm von seinem Haß gegen die Gewerkschaften abläßt und die Hoffnung aufgibt, die ganze Welt zu einem Vernichtungskampf gegen die Arbeiterorganisationen zu befähigen, um dann auf ihren Trümmern das alte patriarchalische Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitern wieder herzustellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, diese Zeiten sind unwiederbringlich vorbei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und auch in dieser Beziehung ist es sehr interessant, wie sich Sidney Webb auch über die Zukunft in der Maschinenindustrie äußert. Dort heißt es:

„So hängt es von den künftigen Entschlüssen der Unternehmer in der Maschinenindustrie ab“, ob dieselben nämlich die Freiheit zur Einführung des Stücklohnes, ohne an feste Lohnskalen gebunden zu sein, dazu benutzen, den Arbeitern die Löhne zu reduzieren, oder sich bereit erklären, feste Lohnskalen zu vereinbaren, „ob wir in unserer Industrie Frieden oder unablässigen Kleinkampf und beharrliches Ablassen der Arbeitsenergie haben werden. Die Unternehmer der Maschinenindustrie haben sich so unwissend gezeigt betreffs der Prinzipien aller industriellen Organisationen und so geringe Kenntnisse von der Geschichte anderer Gewerksvereine, daß man leider annehmen muß, daß Viele von ihnen es abermals auf den Kampf ankommen lassen würden. Dieses aber bedeutet so viel, daß auf jeden Fall der große Ausstand thatsächlich, und zwar bloß infolge völliger ökonomischer Unwissenheit, nicht zu einem Triumph des Kapitals, sondern zu einer Niederlage der beiden kämpfenden Parteien schließlich geführt hat.“

So urtheilt also einer der von Herrn v. Stumm angeführten Gewährsmänner.

Nun, wie gesagt, durch meine eigenen Nachforschungen habe ich die Broschüre nicht entdecken können; ich habe es deshalb für richtig gehalten, da ich die neuesten Veröffentlichungen nicht finden konnte, mich direkt an Beatrice und Sidney Webb zu wenden. Ich habe nun heute morgen von Sidney Webb das folgende Schreiben erhalten. Es ist in englischer Sprache gehalten, ich werde es in der Uebersetzung vortragen; Denjenigen, die das Original einsehen wollen, stelle ich es hier zur Verfügung. Sidney Webb schreibt mir Folgendes:

„London, den 7. März 1898.
Werther Herr! Ich verstehe, daß Freiherr Baron von Stumm im Reichstag erklärt hat, daß der letzte Disput in der Maschinenindustrie die Wirkung gehabt hat, die Augen von Frau Webb und auch die meinen zu öffnen, und daß wir zu dem Schluß gekommen sind, daß die Gewerksvereine heute bürokratisch und drakonisch regierte Körperschaften sind, deren Hauptzweck die gute Versorgung der Führer sei. Ich beileide mich, Euch davon zu unterrichten, daß an dieser Behauptung auch nicht irgend etwas Wahrheit ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Maschinenbauerstreik hat nichts Anderes vollbracht, als unsere Ansicht zu bekräftigen von der absoluten Nothwendigkeit des trade unionism für den Schutz der Lebenshaltung der Lohnarbeiter und den enormen Werth — wirtschaftlich, moralisch und politisch — welchen die englischen Gewerkschaften heute für die englischen Arbeiter haben. Unsere Ansichten über den Gegenstand sind vollständig ausgedrückt in unserem letzten Buche, betitelt in Englisch, „Industrielle Demokratie“, hauptsächlich geschrieben vor dem letzten Streik, aber vollendet während seiner Entwicklung; in Deutsch veröffentlicht bei J. S. W. Diez, Stuttgart, unter dem Titel „Theorie und Praxis der britischen Gewerkschaften“. Ich autorisire Euch, diesen unseren Protest bekannt zu geben.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, nun frage ich Sie: ist es nicht eine unerhörte Leichtfertigkeit — wenn nicht Schlimmeres —, wenn Freiherr v. Stumm diesen beiden Leuten ein derartig absprechendes Urteil über die Gewerkschaften in den Mund legt (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), an welchem auch nicht ein Körnchen Wahrheit ist —? Wir fehlt dafür der parlamentarisch zulässige Ausdruck, um eine solche Handlungsweise hier gebührend zu kennzeichnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) (Schluß folgt.)

Berichte.

Beelitz (Mark). Am Sonntag, den 17. Juli, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: Erhebung der Beiträge, Aufnahme neuer Mitglieder, Vorstandswahl und Verschiedenes. Nachdem die Beiträge eingezogen und verschiedene Streifenmarken verkauft waren, wurden zwei neue Mitglieder aufgenommen, so daß unsere Zahlstelle bereits auf 17 Mitglieder herangewachsen ist. Darauf wurde zur Vorstandswahl geschritten und wurden gewählt: als erster Vorsitzender B. Stripp, als erster Kassierer F. Müller, als erster Schriftführer C. Kühne, zu Revisoren Saller und Göbe. Zur Lohnfrage wurde berichtet, daß wir einen Aufschlag von 30 % auf 33 % pro Stunde zu verzeichnen haben. Dieses ist durch festes Zusammenhalten, ohne Kampf, errungen worden. Die Dauthätigkeit ist eine rege gewesen, scheint aber noch flotter zu werden, weil hier eine Heilstätte für Lungentranke für den Stadtkreis Berlin erbaut wird. Die Versicherung hat hier zirka 500 Morgen Haide angekauft, auf welcher 28 bis 30 Gebäude erbaut werden sollen. Die Vorarbeiten, einige Fachwerkbauten, werden bereits von unserer Seite ausgeführt. Um den Zeitpunkt wahrzunehmen, richteten wir am 6. Juni ein Schreiben an die hiesigen Unternehmer, worin wir ihnen klar legten, welchen Lohnsatz wir fordern, sobald wir dort oben Arbeit bekämen; doch dies schloß uns nichts, die Antwort blieb aus. Darauf beschloßen wir, die Zeit abzuwarten und mit unserer Forderung heranzutreten, sobald die Arbeit in Angriff genommen wird. Darauf wurden uns 33 % bewilligt, welche wir mit der Bedingung annahmen, daß der Lohn für dieses Jahr auf 33 % bleibt.

— Am 9. Juli hielten wir wieder eine Versammlung ab, in der der Antrag gestellt wurde, sofort 35 % pro

Stunde für die Arbeit am Orte zu fordern. Da aber die Hälfte dafür war und die Hälfte dagegen, zogen wir es vor, unseren Vorsitzenden mit dem betreffenden Meister verhandeln zu lassen. Unsere Forderung wurde rundweg abgelehnt. Der Meister verstand sich zu nichts. Am Sonnabend stellte sich jedoch heraus, daß er sich besonnen hatte; er zahlte unsere Forderung, 35 % pro Stunde, aus. War es Angst oder war es Einsehen? Wir glauben, es war Angst vor Einstellung der Arbeit. Damit wären wir vorläufig zufrieden. Wie uns aus sicherer Quelle mitgetheilt worden ist, sollen nur Berliner Meister und Gesellen dort beschäftigt werden, oder die Hälfte von Berlin, die andere Hälfte von Beelitz und Umgegend. Dann sollen die Berliner 60 % pro Stunde verdienen und die hiesigen nur 40 %, so sein haben die Herren es berechnet; aber wir glauben, sie haben sich verrechnet. Sie denken, den Kleinstädtern kann man es bieten. Wir machen die Zahlstellen von Berlin und Umgegend hiermit darauf aufmerksam.

Dresden. Am 17. Juli fand unsere Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vorstandswahl, 2. Verhandlung über ausgeschlossene Mitglieder. — In den Vorstand wurden gewählt: Berth. Schachinger als erster, Rudolf Krüger als zweiter Vorsitzender; Richard Wohlseil als erster, Ferdinand Bachert als Kassierer; Gustav Buske als Schriftführer. Zum zweiten Punkte wurden die Mitglieder August Brehm, Georg Wasmuth, Otto Brehm, Emil Wollack und Gustav Kühn, sämtlich in Neuanzspach, sowie Heinrich Diehr und Hermann Schacht in Langsitherosen, aus dem Verbände ausgeschlossen, weil sie uns und dem Prinzip des Verbandes entgegen gearbeitet und als „Arbeitswillige“ in Greifenberg fungirt haben. Da jetzt einige derselben in Landsberg und die Mehrzahl in Stettin arbeiten, werden diese „Kameraden“ besonders empfohlen.

Dresden. Eine nur mäßig besuchte Versammlung der Zimmerer Dresdens fand am 22. Juli im großen Saale des Trianon statt. Der erste Punkt der Tagesordnung: „Sind die Lohnkämpfe der Arbeiter Kulturbestrebungen?“ zu welchem Kamerad Hoher aus Leipzig das Referat übernommen hatte, mußte infolge des schlechten Versammlungsbesuches abgesetzt werden. Die meisten Kameraden kamen erst eine halbe Stunde nach Beginn der Versammlung. Zum zweiten Punkt: „Unsere Lohnbewegung“, nahm zunächst Kamerad Ede das Wort. Er führte aus, wie infolge der gefaßten Beschlüsse eine große Anzahl Zimmerer (zirka 400) abgereift sei, die hiesigen Zimmerer es aber an der nothwendigen Energie fehlen lassen, die gestellten Forderungen zur Durchführung zu bringen. Infolgedessen ist unser Erfolg auch nicht so, wie er sein sollte. Aber trotzdem ist unser Durchschnittslohn, welcher vor der Bewegung 42 und 43 % betrug, jetzt auf 45 und 50 % gekommen. Kamerad Hoher-Leipzig führte aus, daß man bei politischen Erfolgen auch niemals die wirtschaftliche Lage vergessen solle. Er zeigte an den Erfolgen der Leipziger Bauarbeiterorganisationen vermögen, und schloß seine Ausführungen mit einem Appell an die Anwesenden, für die Ausbreitung der Organisation zu sorgen; die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk ihrer selbst sein. Es war folgende Resolution eingegangen: „Die heute am 22. Juli tagende öffentliche Versammlung der Zimmerer erklärt in Anbetracht der Thatsache, daß bereits alle in den Ausstand getretenen Zimmerer beschäftigt und größere Arbeitsniederlegungen seit einigen Tagen nicht zu verzeichnen sind, den Streik für beendet.“ — Zur Begründung der Resolution erhielt Kamerad Ede das Wort. Er erklärte, daß bei Aufhebung des Streiks unsere Lohnbewegung noch keineswegs beendet sei, sondern es werden sich Plassperrern usw. bemerkbar machen, überhaupt ein sogenannter Kleinkampf wird eintreten. Die Resolution wurde gegen 4 Stimmen angenommen. Nach einer längeren Debatte, in welcher eine Anzahl Mißstände zur Sprache gebracht wurden, erfolgte Schluß der Versammlung. Zu bebauern ist nur, daß die Begeisterung, welche die Zimmerer Dresdens in den ersten zwei Versammlungen befaßen, so schnell nachgelassen zu haben scheint.

Freienwalde a. d. O. Am 17. Juli fand hier eine öffentliche Versammlung der Zimmerer von Freienwalde und Umgegend statt, in welcher Kamerad Knüpfner aus Berlin über „Zweck und Ziele der Zimmerer Deutschlands“ referirte. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und zur Gründung einer Zahlstelle geschritten. 18 Mann ließen sich aufnehmen. Mit einem Hoch auf den Verband der deutschen Zimmerer endete die Versammlung.

Halle a. d. S. Am Sonntag, den 17. Juli, fand unsere Generalversammlung statt. Aus dem Berichte des Vorstandes und der Kassierer ging hervor, daß die hiesige Zahlstelle das erste Hundert seiner Mitglieder, trotz der Gegenagitation des Fachvereins, voll hat. Wir zählen jetzt 102 zahlende Mitglieder. Das ist ein ganz schöner Erfolg, doch dürfen wir nicht stille stehen, sondern immer vorwärts, damit auch das zweite Hundert voll wird zum Heile der halleischen Zimmererbewegung. Zur besseren Regelung der Kassenangelegenheiten wurden sechs Bezirkskassierer gewählt, die alle Wochen bei Uebergabe der Zeitung die Wochenbeiträge einzuziehen haben. Ferner wurde beschlossen, M. 100 an die Hauptkasse zu senden und M. 30 den streikenden Maurern hier selbst zu überweisen. Zu unserem Stiftungsfeste, das am 31. Juli von Nachmittags 3 Uhr ab im „Prinz Karl“ stattfindet, sollen sämtliche Zahlstellen aus der Umgegend eingeladen werden. Es wurde ein Festsomitee von 10 Mann gewählt. Zu der am 30. Juli stattfindenden Extra-Mitgliederversammlung wurde der Wunsch ausgesprochen, daß ein Mitglied des Hauptvorstandes referiren soll.

Mainz. Am 15. Juli tagte hier eine öffentliche Zimmererverammlung, in der F. Schrader, Hamburg, über: „Unsere wirtschaftliche Lage und die Unternehmerverbände“ referierte. Redner wies auf den Aufschwung in der Industrie seit den sechziger Jahren sowie auf die Freizügigkeit hin, deren Nutzen auch dem Unternehmer zu Gute komme, indem er den Bedarf an Arbeitskraft zu decken könne. Er führte dann die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung an und erklärte, daß in den siebziger Jahren unsere Verbände noch nicht stark genug gewesen seien, um einen Kampf gegen die Unternehmer aufzunehmen. Erst zu Anfang der neunziger Jahre konnte dieses ernstlich geschehen und seit dem Hamburger Streik von 1890 existiert denn auch der erste Unternehmerverband mit einem Fonds von fünf Millionen Mark. Damals ertheilte Bismarck den Unternehmern den Rath, ihre Verhältnisse zu schließen und seitens des Baugewerksmeisterverbandes wurde eine Eingabe um Abwehrmaßregeln an den Reichstag gemacht. Wie diese Verbände arbeiten, haben uns dieses Jahr die Streiks und Ausperrungen in Thüringen, Stuttgart, Magdeburg usw. zur Genüge gezeigt. Redner ermahnte zur kräftigen Agitation für den Verband, damit wir den Meistern millionenweise gegenüber stehen. Auch für die nötige Munition müsse gesorgt werden, denn zum Krieg führen gehöre Geld. Zu der Diskussion kamen die hiesigen Verhältnisse zur Sprache und wurde gerügt, daß sogar Leute vom Vorstand auf Börgner's Platz elf Stunden arbeiten, so daß der Bauführer der Lohnkommission erklärte: „Die Leute wollen ja so arbeiten“. Ebenso wird auch auf Fischer's Platz in Rastell elf Stunden ohne die 10 $\%$ Aufschlag gearbeitet. Auch mit der Akkordarbeit ist es ebenso bestellt; so wird auf Wenst's Platz fast alle Arbeit in Akkord gemacht und 42 $\%$ als Stundenlohn ausgezahlt. Unter solchen Umständen kann von einem Festhalten des Ertragens keine Rede sein, wenn von uns selber der aufgestellte Tarif durchbrochen wird. Wenn hiergegen nicht energisch vorgegangen wird, nützt keine Aufbesserung des Lohnes. Die Meister können diese ja gerne bewilligen und die Akkordpreise, wie vor zehn Jahren, zahlen; aus den Knochen der Arbeiter kommt es ja wieder heraus. — Mit der Mahnung, für bessere Zustände, besseren Versammlungsbefuch und Zahlung der Beiträge einzutreten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Münchberg. Am Sonntag, den 10. Juli, fand im „König von England“ eine gut besuchte Versammlung statt. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes und bemerkte, daß der Kassirer Wesserer seinen Posten nicht mehr weiter zu führen gedenkt, da kein Hausherr sich das Zulassen von fremden Leuten gefallen läßt. — Die Abrechnung des Kassirers war in bester Ordnung, was die Revisoren bestätigten. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden folgende Kameraden gewählt: Fleichmann als erster, Schindl als zweiter Vorsitzender; Schultheiß als erster, Weinmann als zweiter Kassirer; K. Kaul als erster, Schlemmer als zweiter Schriftführer; Müller und Schneider als Revisoren. Dann wurden je M. 10 aus dem Reservefonds für zwei kranke Kameraden bewilligt und der Vorstand beauftragt, dafür zu sorgen, daß Anfang Oktober eine Fachschule mit Modellunterricht eröffnet wird. Ferner soll der Vorstand dafür sorgen, daß baldmöglichst ein Vereinsbild der Zahlstelle angefertigt wird. Mit dem Wunsche, daß in Zukunft jede Versammlung so zahlreich besucht werde wie diese, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Basewalk. Am 17. Juli fand unsere erste Mitgliederversammlung statt, die mittelmäßig besucht war. Der Rechnungsabschluss vom zweiten Quartal wurde für richtig befunden und dem Kassirer Decharge ertheilt. Zur Vertheilung des „Zimmerer“ wurde beschlossen, daß diese wie bisher vom Vorsitzenden und Kassirer besorgt wird. Ferner wurde beschlossen, an jedem Sonntage vor dem 1. eines jeden Monats, Nachm. 3 Uhr, unsere Versammlung stattfinden zu lassen. Bezüglich der Streikunterstützung wurde beschlossen, jede Woche eine Marke zu 10 $\%$ zu entnehmen; ferner wurde die Einführung der Arbeitskarten beschlossen und der Wunsch ausgesprochen, daß zur nächsten Versammlung alle Mann erscheinen.

Pfungstadt. Eine öffentliche Zimmererverammlung fand hier am 21. ds. Mts. statt, welche sich einer regen Theilnahme erfreute. Kamerad Schüller referierte über unsere diesjährige Lohnbewegung, wobei er von verschiedenen Kameraden unterstützt wurde. Da sich hierorts der Stundenlohn von 26 $\%$ bis zu 30 und 33 $\%$ pro Stunde verbessert hat, beschloß man, sich für dieses Jahr damit zu begnügen. Genosse Raab, welcher zufällig in der Versammlung anwesend war, ermahnte die Kameraden, fest zusammen zu halten, damit unsere Forderungen, wie sie solche den Arbeitgebern zugestellt worden sind, bis zum nächsten Jahre voll und ganz durchgeführt werden. Nachdem alsdann noch ein Kamerad in den Verband aufgenommen worden war, erfolgte mit einem Hoch auf das Gelingen des Vorgenommenen der Schluß der Versammlung.

Schleswig. Am 12. Juli tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Nach Regelung der Beiträge und Verlesung des Protokolls wurde vom Vergütungscomité berichtet, daß am 17. Juli das Sommervergütigen im Lokale zum „Hohenzollern“ stattfinden soll. Vom Gewerkschaftsstelldelegirten wurden die Zustände auf der Firzahn'schen Fabrik und das Verhalten und die Handlungen der Streikenden geschilbert. Der Kassirer verlas alsdann die Abrechnung vom zweiten Quartal, welche von den Revisoren geprüft und auch von der Versammlung für richtig befunden wurde. Für den Kameraden Pilenz, welcher schon mehrere Wochen krank liegt, wurden M. 15 aus der Lokalkasse bewilligt. Ferner soll noch eine Sammlung für Pilenz veranstaltet

werden. Von sämmtlichen Bauhandwerkern sollen je ein bis zwei Mann gewählt werden, welche sich erkundigen sollen, ob hier am Orte eine Baupolizei existirt und ob dieselbe die unvorschriftsmäßige Handlungsweise der Unternehmer auf den Bauten kontrollirt. Von unserer Seite wurde hierzu Kamerad Amtrup gewählt. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Welsert. Am Sonnabend, den 2. Juli, tagte hier eine Extra-Versammlung, um zu dem Schweigen der Herren Meister Stellung zu nehmen. Leider zeigten viele Kameraden ihr Interesse an unserer Forderung dadurch, daß sie es nicht einmal für nöthig hielten, sich an einer so wichtigen Versammlung zu betheiligen. Beschlossen wurde, falls uns bis zum Montag, den 4. Juli, keine Antwort zugeht, folgende Aufforderung an jeden Zimmermeister per eingeschriebenen Brief zu senden:

Herrn Zimmermeister

Unsere Forderung zufolge, welche jedoch ohne Antwort des Herrn Meisters blieb, bitten wir nochmals, uns bis zum Donnerstag, den 7. d. M., Antwort zukommen zu lassen, oder bis zu dieser Zeit mit unserer Lohnkommission um Einigung zusammen zu treten. Ist bis zu dieser Zeit keine Antwort erfolgt, so legen unten benannte, bei Ihnen in Arbeit stehende Gesellen die Arbeit am Sonnabend, den 10. d. M., nieder.

Die Lohnkommission. J. A.: H. Voigtmann.

(Unterschriften.)

Wir erhielten selbstverständlich keine Antwort. Unsere Aufforderung wirkte aber dermaßen, daß die Kameraden von dem Plaze des Zimmermeisters Daniel schon am Donnerstag früh zwecks Einigung nach dem Plaze bestellt wurden. Die Forderung wurde, mit Ausnahme von Punkt 2, bewilligt, in welchem der Zuschlag für Ueberstunden benannt war. Nur um unsere junge Zahlstelle zu erhalten und weil Viele nur dem Namen nach organisiert sind, gingen wir diesen Schritt zurück, denn so wie hier die Verhältnisse stehen, finden sich doch Kameraden, welche die Ueberstunden für den gewöhnlichen Stundenlohn machen. Dadurch entsteht nur Zwist und Reiberei in unserer Zahlstelle, welche schließlich damit enden, daß die Meister sich dann unsere Uneinigkeit zu Gute ziehen, um unsere Löhne wieder herabzusetzen.

— Die regelmäßige Mitgliederversammlung fand am Sonnabend, den 16. d. M., statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Aufnahme neuer Mitglieder, Zahlung der Beiträge. 2. Antwort der Meister. 3. Wahl von zwei Kartelldelegirten. 4. Verschiedenes. Die Lohnkommissionen von allen Plätzen theilten der Versammlung den Erfolg der Forderung mit, welcher mit der Bedingung, darüber Schriftliches von den Meistern zu fordern, angenommen wurde. Zu Kartelldelegirten wurden die Kameraden Hermann Voigtmann und Karl Müller gewählt. Bei Punkt 4 der Tagesordnung legte Kamerad Voigtmann den anwesenden Kameraden die schwere Lage der Kameraden an's Herz und forderte die Versammlung auf, sich mehr an den Beiträgen zum Streikfonds zu betheiligen. Es wurde beschlossen, daß alle lebigen Kameraden wöchentlich eine Marke, alle verheiratheten, wie sie es übrig haben, fleben. Da weiter nichts Wichtiges vorlag, wurde die Versammlung geschlossen.

NB. Trotz der Bewilligung weigern sich die Meister, Unterschrift zu leisten. Ein Krauter zahlte bei der letzten Zahlung einem alten, ausgefogenen Kameraden für den Tag M. 3,50. Also haben wir hier eine Lohn Differenz von 30—45 $\%$ pro Stunde. Diesem Treiben muß ganz entschieden entgegen getreten werden, und werden wir in der am Sonnabend, den 23. d. M., stattfindenden Versammlung das Nötige dazu thun. Kameraden! Ohne etwas Schriftliches in Händen zu haben, können wir uns auch die Versprechungen der Meister nicht entlassen; wir können gewärtig sein, daß in nächster Zeit wieder Abzüge gemacht werden, vielleicht bekommen wir dann noch weniger als vordem. Unser Lohnkampf war ein leichter und so denken wir, daß wir auch die Unterschrift ebenso leicht bekommen. Da wir sonst die Plätze sperren müssen, bitten wir, wenn irgend möglich, den Bezug nach Welsert vorläufig fern zu halten.

Welsert. Am 12. Juli tagte unsere regelmäßige Monatsversammlung mit der Tagesordnung: „Wie wollen wir den Beitrag an das Agitationscomité decken?“ Es wurde beschlossen, den Beitrag für das zweite Quartal aus der Lokalkasse zu entnehmen. Ferner fand ein Antrag Annahme, M. 20 aus der Lokalkasse dem Streikfonds zu überweisen. Alsdann wurde von verschiedenen Kameraden der schlechte Versammlungsbefuch stark getadelt. Man sieht hier wieder deutlich, nachdem unsere Forderung bewilligt worden ist, die Laune der Kameraden. Jetzt heißt es gerade, das Ertragen hoch zu halten. Da die Neubauten hier so ziemlich beendet sind, machen sich auch schon Maßregelungen bemerkbar. So wurden in einem Geschäfte fast alle Kameraden, die sich für unsere Sache interessiren, entlassen, worunter sich auch ein verheiratheter Kamerad befindet, welcher zehn Jahre ununterbrochen in dem Geschäfte thätig war. Der betreffende Meister soll geäußert haben, er wolle den Lohn wieder runter drücken. Jedoch lassen wir den Muth nicht sinken! Wir werden uns, falls die Unternehmer uns in dieser Weise entgegen treten, in einer flotten Bauperiode zu revanchiren wissen.

Wolgast. Am 24. Juli tagte unsere Generalversammlung, welche gut besucht war. Ein Schreiben von Hamburg wurde verlesen und daraufhin wurden M. 20 zur Unterstützung für die streikenden Kameraden bewilligt. Auch soll noch auf Listen gesammelt werden. Eine längere Diskussion entwickelte sich über „Die Ueberstundenarbeit“. Zu „Verschiedenes“ wurde hervorgehoben, daß wir hiesigen Zimmerer uns sehr geschädigt sehen

durch einen Tischler, welcher uns unsere Arbeiten durch Akkordarbeit wegnimmt und wodurch unsere hiesigen Kameraden auf die Strafe geworfen sind. Zunächst machen wir alle Zahlstellen Deutschlands hierauf aufmerksam, daß jeder Kamerad, welchen er in Arbeit stellt, nicht unter unserem Lohnsatz, 60 $\%$ pro Stunde, arbeite, da der erwähnte Tischler aus anderen Orten billigere Arbeitskräfte heranzuziehen gedenkt. Gleichzeitig erludigen wir die Zimmerer, welche von hier aus nach außerhalb beschäftigt sind, sich nicht unter seine Knete stellen zu lassen.

Baugewerbliches.

In der am 21. Juni in Breslau abgehaltenen Versammlung der Schlesisch-Posenschen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft gab der Vorsitzende einen Ueberblick über die seit Bestehen der Genossenschaft gezahlten Entschädigungen, welche die Summe von M. 3 600 000 bereits überschritten haben. Die Zahl der gemeldeten bzw. erstmalig zur Entschädigung gelangten Unfälle stieg von 3040 bzw. 687 in 1896 auf 3378 bzw. 717 im Jahre 1897. Die gezahlten Entschädigungen stiegen von M. 524 169,78 in 1896 auf M. 571 801,87 in 1897. Die Zahl der Verletzte hat sich von 7998 auf 7698 vermindert, weil die Betriebe wirtschaftlich unselbständiger Unternehmer der Versicherungsanstalt überwiesen wurden. Die Lohnsumme, einschließlich derjenigen der allein arbeitenden Unternehmer, stieg von M. 41 300 731 in 1896 auf M. 45 457 160. Die Zahl der zwangsweisen Beiträgen betrug 3009 mit M. 124 948 Beiträgen gegen 3226 mit M. 121 842,22 Beiträgen im Vorjahre. Die uneinnehmbaren Beiträge beliefen sich auf M. 8676 gegen M. 8879 in 1896. Die Zahl der Straffestsetzungen hat sich von 740 auf 496 vermindert. Die Zahl der Verurteilungen an das Schiedsgericht betrug 465. In 351 Fällen erfolgte Abweisung der Kläger. 108 Rekurse der Versicherten an das Reichsversicherungsamt wurden erledigt durch Abweisung der Kläger in 88 Fällen, durch Verurteilung der Genossenschaft in 9 Fällen, durch Erhöhung der Rente in 9 Fällen und durch Zurückziehung des Rekurses in 2 Fällen. Die Verwaltungskosten in 1897 betrugen M. 6,45 für einen Betrieb und M. —,62 für eine versicherte Person. Auf M. 1000 Lohn ergaben sich M. 1,23 Verwaltungskosten. Der Reservefonds beträgt M. 1 746 544. Der Vorsitzende bemerkte noch, daß durch Einholung der Baukosten die Regiebauten zur Kenntniß der Versicherungsanstalt und dadurch zur Prämienzahlung herangezogen werden können. Die Versicherungsanstalt, die bereits ein Vermögen von M. 238 026 besitzt, würde innerhalb weniger Jahre in der Lage sein, vollständig auf eigenen Füßen zu stehen. Der vorliegende Entwurf eines Gehaltentaris wurde en bloc angenommen und der Vorstand ermächtigt, etwaige vom Reichsversicherungsamt gewünschte Änderungen selbstständig vorzunehmen.

Die Sektion V (Regierungs-Bezirk Köln) der rheinisch-westfälischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft hielt am 22. Juni Vormittags im „Hotel zur Traube“ in Euskirchen ihre diesjährige ordentliche Sektionsversammlung ab. Nach dem Geschäftsberichte für 1897 zählte die Sektion 3315 Betriebe, 1903 selbstverpflichtete Unternehmer und 19 929 durchschnittlich beschäftigte Arbeiter; die zur Umlageberechnung kommende Lohnsumme der Arbeiter beträgt rund M. 15 400 000 (M. 1 050 000 mehr als im Vorjahre), und der Versicherungsanstalt gehörten 115 Regiebaubetriebe mit M. 220 000 Lohnausgabe an. Unfälle wurden 664 angemeldet, nämlich 26 Todesfälle, 152 Fälle mit mehr als 13 wöchentlichem Erwerbsunfähigkeit und 486 Fälle, die voraussichtlich innerhalb der Karenzzeit Erledigung finden. Rente bezogen 503 Verletzte, 100 Wittwen, 215 Kinder, 9 Ascendenten Geldbetreuer und 20 Ehefrauen, 32 Kinder und 2 Ascendenten von Krankenhäusern. Insgesamt wurden M. 174 617 Unfallentschädigungen gezahlt, gegen M. 160 204 im Vorjahre. Die in der ganzen rheinisch-westfälischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft im Jahre 1897 gezahlte Entschädigungssumme beträgt rund M. 1 048 000. Die Verwaltungskosten belaufen sich abzüglich der eigenen Einnahmen und der Honorare für ärztliche Gutachten auf M. 10 491. Trotz der Zunahme der Unfallkosten sind die Beiträge der Mitglieder seit dem Jahre 1894 fortlaufend gefallen, auch der diesjährige Heberollenausgang wird eine weitere Verminderung der Beiträge aufweisen. Dies liegt einestheils an dem Zuwachs der Mitglieder und anrechnungsfähigen Löhne, anderentheils aber auch daran, daß die Zinsen des $\frac{3}{2}$ Millionen Mark betragenden Reservefonds zur Deckung der Verwaltungskosten benutzt werden. Die nächste Sektionsversammlung soll in Rheinfeld stattfinden.

Seitens des Vorsitzenden der Sektion Lothringen der Südwestlichen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft ging der „Wegener Zeitung“ Nachstehendes mit der Bitte um Aufnahme zu:

„Im Bereiche der Baugewerks-Vereinsgenossenschaft haben sich in letzter Zeit in geradezu erschreckender Weise die Unfälle vermehrt, und daran tragen theilweise die Arbeitgeber, sowie die Arbeiter selbst die Schuld, indem die Unfallverhütungsvorschriften in keiner Weise befolgt werden. In einem Zeitraum von 3 Wochen sind nicht weniger als 21 Unfälle (darunter 5 tödtliche, die übrigen mit mehr oder weniger schweren Verletzungen verbunden) vorgekommen. Es wird daher für die Zukunft mit aller Strenge vorgegangen, und die Arbeitgeber werden in höhere Gefahrenklassen eingekläst, schuldige Arbeiter dagegen mit Ordnungsstrafen belegt. Es sind z. B. an

jährlichen Unfallschädigungen M. 415 000 pro Jahr durch Umlage auf die Unternehmer zu erheben, hierzu kommen noch die Kosten der Unfalluntersuchung, sowie verschiedene andere, welche sich auf weitere M. 100 000 belaufen. Im Vergleich zum vorigen Jahre ist somit eine Steigerung von M. 92 000 zu verzeichnen. Der Vorstand der Sektion ersucht deshalb die Herren Mitglieder sowie die Arbeiter um genaue Befolgung der Unfall-Verhütungsvorschriften sowie der sonstigen Vorsichtsmaßregeln."

Die Bauhätigkeit. Nach der Beilage zum Monatsberichte des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg haben im Monat April 16 Rohbauabnahmen von Neubauten, sämtlich von Wohngebäuden, ferner von einem Umbau stattgefunden. Durch Abbruch wurde ein Gebäude beseitigt. Die Zahl der in den Neubauten entstandenen Wohnungen beträgt 158, zu welchen keine durch Umbau geschaffene Wohnung hinzutrat, während durch den Abbruch 8 Wohnungen in Fortfall kamen, so daß im Ganzen sich ein Zugang von 150 Wohnungen ergibt, die sich in folgender Weise auf die Klassen nach der Größe verteilen: Wohnungen mit 1 heizbaren Zimmer 3, mit 2 heizb. Zimmern 4, mit 3 heizb. Zimmern 32, mit 4 heizb. Zimmern 46, mit 5 heizb. Zimmern 38, mit 6 und mehr heizbaren Zimmern 27. Die kleinen Wohnungen (mit 0 und 1 heizb. Zimmer) weisen somit eine Zunahme um 3, die mittleren (mit 2 bis 4 heizb. Zimmern) um 82, die großen (mit 5 und mehr heizb. Zimmern) um 65 auf. Von dem Mehrzugang bezw. Mehrabgang der Wohnungen entfallen auf die einzelnen Stadttheile: Altstadt + 63, Wilhelmstadt + 46, Friedrichstadt —, Sudenburg —, Neustadt + 49, Buckau — 8.

Ans Wohninkel wird unterm 22 Juni geschrieben: Troß der in den letzten Jahren hier herrschenden rührigen Bauhätigkeit macht sich der Mangel an mittleren und kleineren Wohnungen hier immer fühlbarer. So haben sich bereits verschiedene nach hier versetzte Eisenbahnbeamte beschleunigen lassen müssen, daß sie eine Familienwohnung hier nicht haben finden können. Da nun im nächsten Monate schon wieder eine größere Anzahl Eisenbahnbeamte nach hier versetzt wird und demnach die Kleinwohnungsfrage den größeren Theil des Fahrpersonals hier stationären werden, so ist die Errichtung einer größeren Anzahl Wohnhäuser, neben den bereits im Bau begriffenen, dringend geboten, zumal auch ein größerer Zugang von Arbeitern bevorsteht, indem letzthin ein größeres Grundstück für ein Fabriktablissement von einer auswärtigen Firma hier erworben ist.

In Berlin soll ein neuer Stadttheil, wie er bis jetzt im äußeren Westen und seiner dort unmittelbar angrenzenden großen Vororte noch nicht zu finden war, demnach an der Grenze von Charlottenburg und Wilmersdorf, ganz nahe dem Rollendortplatz, entstehen. Dort hat die Berlinische Bodengesellschaft von Schöneberger Großgrundbesitzern das ganze noch unbebaute Gelände von rund 25 000 Quadratrußen käuflich erworben, um auf demselben an sechs neuen Straßen in zwölf Baublocks durchweg gleichartige Gebäude mit herrschaftlichen Wohnungen sowie ohne Hinterhäuser zu erbauen. Sämtliche Häuser sollen Vorgärten erhalten, und zwar die beiden Hauptverkehrsstraßen des neuen Stadttheils, die verlängerte Moß- und Neue Winterfeldstraße 3 bis 4 m, die stilleren Querstraßen sogar 6 m tief. Und damit die Straßen einen einheitlich vornehmen Charakter zeigen, sollen die Vorgärten sämtlich mit schmiedeeisernen Gittern umfriedigt werden, die Häuser der Querstraßen aber bis auf die Eckhäuser durchweg keine Geschäftsläden erhalten, solche vielmehr nur in den beiden genannten Hauptverkehrsstraßen gestattet werden. Diese Bestimmungen sollen grundbuchlich eingetragen werden, damit auch die späteren Eigentümer der Häuser dauernd den vornehmen Charakter des Stadttheils wahren müssen. Sämtliche Straßen sollen mit Asphaltpflaster belegt und elektrisch beleuchtet werden. Den Mittelpunkt dieses Stadttheils soll ein rund 1200 Quadratrußen großer Platz bilden, der von der Berlinischen Bodengesellschaft kosten- und lastenfrei an die Stadt Schöneberg abgetreten wird, niemals bebaut oder zur Abhaltung öffentlicher Märkte hergegeben werden darf, sondern dauernd als Schmuckplatz erhalten bleiben muß, und für dessen gärtnerische Gestaltung die Bodengesellschaft demnach ein Preisaus schreiben erlassen wird. Gleichwie die Herstellung des Schmuckplatzes müssen auch die gesammten Straßenregulirungen und Pflasterungen, die Reinigung, Bepflanzung und Beleuchtung der neuen Straßen auf Kosten der Bodengesellschaft ausgeführt werden.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Klassen- und Thätigkeitsbericht der Agitationskommission f. d. Provinz Sachsen, für Anhalt und Braunschweig vom 9. April bis zum 15. Juli 1898.

Einnahme	
Aus Olenstedt für Agitationsmarken	M. 29,—
" Dessau für das 1. und 2. Quartal d. J.	" 23,50
" Magdeburg für Agitationsmarken	" 19,45
" Neuhalbenleben für Agitationsmarken	" 10,—
" Hohendobelen f. d. 1. u. 2. Quartal d. J.	" 6,37
" Diesdorf für das 1. Quartal d. J.	" 3,50
" Braunschweig für das 4. Quartal 1897 und das 1. Quartal d. J.	" 13,38
Bestand vom 8. April 1898	" 80,93
Summa	M. 186,13

Ausgabe.

An Unkosten bei der zweiten Konferenz zu Braunschweig	M. 22,60
Für Zeitverräumnis z. Anfertigung d. Berichtes	" 2,—
" 5000 Flugblätter	" 28,50
" Verendung der Flugblätter	" 5,45
" 13 Agitationstouren	" 62,50
An Porti und Schreibmaterial	" 3,20
Für eine Landkarte	" —,80
Summa	M. 125,05

Bilanz.

Einnahme	M. 186,13
Ausgabe	" 125,05
Bestand	M. 61,08

Julius Bloß, Kassirer.

Für die Richtigkeit:

Emil Trautmann, August Gose.

Wie aus der Abrechnung hervorgeht, sind 13 Agitationstouren unternommen. Gelegentlich dieser wurden 7 Zahlstellen neu gegründet, und zwar in: Vernburg, Wanzleben, Kolbitz, Salzwedel, Krosau, Gr.-Ammerleben und Ummendorf, Kreis Neuhalbenleben. (Von den beiden letzteren ist dem Hauptvorstande noch nichts bekannt. Die Red.) An drei Orten waren unsere Bemühungen leider ohne Erfolg. Referenten wurden in drei Fällen verlangt. Am 11. Mai gab die Kommission ein Flugblatt heraus, welchem hinsichtlich der Verbreitung leider nicht die nöthige Aufmerksamkeit durch die Zahlstellenbeamten geschenkt wurde. Das Gegenheil würde doch wohl das Mindeste sein, was man von einer Organisation verlangen könnte.

Unser Kassirer machte uns ferner darauf aufmerksam, daß verschiedene Zahlstellen bisher noch den Beschlüssen der Konferenz nicht nachgekommen sind, und richten wir an diese hiermit das Ersuchen, das Versäumte in bald nachzuholen.

Magdeburg, den 21. Juli 1898.

Die Agitationskommission.
J. A.: Ernst Mahn.

In Flensburg ist bezüglich des dortigen nunmehr 12 Wochen andauernden Zimmererstreiks eine wesentliche Aenderung noch nicht eingetreten. Die Arbeitgeber versuchen nach wie vor unter den größten Anstrengungen, Arbeitswillige von außen heranzuziehen, wobei ihnen die „Wohllöbliche“ hülfreiche Hand bietet, während man den Streikenden verweigert, sich auf und bei den Bahnhöfen aufzuhalten. Troß alledem gelang es bisher, nicht mehr denn 21 „Arbeitswillige“ zu erhalten, worunter sich 5—6 Mann befinden, die anderen Gewerben angehören. Ein Rundgang durch die Stadt genügt, um die Ueberzeugung zu erlangen, daß es mit der vermeintlichen Arbeitswuth der fraglichen Gesellen schlecht bestellt ist. Diese umherziehenden „Arbeitswilligen“ wissen nur zu gut, daß es den Innungsgetreuen für den Augenblick lediglich darauf ankommt, den Anschein zu erwecken, als seien die Arbeitsplätze bereits nothdürftig besetzt und geben sich denn auch einem größtmöglichen Schlandrian hin. Ist ihr Arbeitgeber doch die Freundlichkeit und Fürsorglichkeit selbst, der ihnen noch gute Worte giebt, damit sie nicht etwa „in den Sack hauen“. Derselbe Arbeitgeber, der in normalen Zeiten die Heppische schwingt, als gelte es, einen Kursus zur Ausbildung als Bärensüchter durchzumachen, knirscht in diesem Falle nicht einmal mit den Zähnen, obgleich ihn innerlich die Galle drängen mag. Daß dem profitlifernden Unternehmertum der jetzige Zustand nicht behagt, geht daraus hervor, daß man Alles daran setzt, um die Holz- und Steinlieferanten zu veranlassen, den Richtungsmeistern, welche die Forderungen der Gesellen bewilligt, nicht mehr Materialien zu liefern.

Ueber den augenblicklichen Stand der dortigen Bewegung wird uns noch mitgetheilt, daß zur Zeit 24 Mann bei sechs Arbeitgebern unter den gestellten Bedingungen arbeiten; 21 Mann sind zu unterstützen, während zirka 60 auswärts arbeiten.

Der Zugang ist streng fern zu halten, da die Bewegung auf dem Brennpunkt angelangt sein dürfte, indem die Mehrzahl der begonnenen Bauten bis zum 1. Oktober fertig sein soll, was nach zirka 14 Tagen kaum noch möglich sein wird.

In Gütin ist der Streik der Zimmerer nunmehr zu Gunsten der letzteren beendet. Der geforderte Stundenlohn von 38 \mathcal{M} ist ihnen bewilligt worden und haben sie infolgedessen die Arbeit sämtlich wieder aufgenommen. Der „Lübecker Volksbote“ bemerkt hierzu: „Der Streik hat für die Arbeitgeber, denen er troß seiner kurzen Dauer doch bereits ganz empfindliche Schädigungen bereitet hat, noch eben rechtzeitig sein Ende genommen. Denn bei der gegenwärtig günstigen Konjunktur im Baugewerbe wäre es den Streikenden leicht möglich gewesen, auswärts Beschäftigung zu erhalten, aber für die Arbeitgeber wäre es wohl sehr schwer gewesen, jetzt von auswärts Arbeitswillige zu bekommen. Auch der Meister, dessen Arbeiter bereits in Flön Arbeit angenommen, jedoch noch nicht angetreten hatten, ist noch eben mit einem blauen Auge davon gekommen. — Sowie der Ausgang der diesjährigen Lohnbewegungen der Holzarbeiter und der Maurer, so ist auch dieser Abschluß des Zimmererstreiks ein Beweis dafür, was die Arbeiter vermögen, wenn sie in starken Organisationen vereinigt sind und unter Zurückstellung aller persönlichen Befrebungen Alle für Einen und Einer für Alle eintreten.“

Aus Bramstedt wird uns geschrieben, daß am 18. Juli bei dem Maurermeister Aug. Busch in Hasen-

trug acht Maurer (Mitglieder des Zimmererverbandes) die Arbeit eingestellt haben. Sie hatten die Arbeit für 55 \mathcal{M} Stundenlohn angenommen und sollten davon pro Tag M. 1,20 Kostgeld zahlen. Der Meister verlangte später ein höheres Kostgeld. Damit waren die Maurer nicht einverstanden und stellten die Arbeit ein.

Von Brandenburg wird uns bezüglich des beendigten Zimmererstreiks unterm 23. d. M. noch geschrieben, daß die Kameraden bis auf drei wieder eingestellt sind; Letztere sind abgereist, um sich auswärts Arbeit zu suchen.

Neu-Ruppin. Durch Einmüthigkeit errangen hier acht Kameraden einen bemerkenswerthen Erfolg. Der Meister muthete ihnen zu, mit einem Zimmerer zu arbeiten, der sich sonst in keiner Weise solidarisch zeigte. Sie legten die Arbeit nieder, worauf es der Meister vorzog, seine Zumuthung zurückzunehmen.

In Paris i. P. scheint die Halsstarrigkeit der Unternehmer in Bezug auf den Ausschluß der Zimmerer (Verbandsmitglieder) bereits einen Riß zu erhalten.

Der Baugeschäftsinhaber Sperling erklärte seinen Austritt aus dem sich anlässlich der im Dezember v. J. dort begonnenen Bewegung gegründeten Arbeitgeberbundes und stellte mehrere der ausgeschlossenen Zimmerer wieder ein. Die übrigen Unternehmer haben allerdings dem ab 1. Juli auf's Neue begonnenen Solawechseltermin ihre werthe Unterschrift verlehnen.

Der durch Letzteres auf die Unternehmer ausgeübte Terrorismus läßt allerdings weiteres Nachgeben in nächster Zeit kaum erwarten. Wenn nur nicht Einigen derselben der Schuß drücken wird? Es kommt hier thatsächlich einmal darauf an, wer es am längsten aushält.

Der Streik resp. die Aussperrung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in Magdeburg ist von einer sehr stark besuchten Versammlung derselben am Sonnabend, den 23. Juli, gegen wenige Stimmen für beendet erklärt worden. Der Zugang ist aber noch streng fern zu halten, da erst alle Zimmerer in Arbeit sein müssen, die am Streik theilhaftig waren. Auf den Ausgang des Streiks kommen wir in einer der nächsten Nummern zu sprechen.

Aus Sengerich i. W. Hier selbst haben am 18. Juli am Bau der Kalt- und Zementfabrik, welche vom Baumeister Pächler in Münster ausgeführt wird, 25 Zimmerleute die Arbeit eingestellt. Gefordert wurde anstatt des bisherigen Lohnes von 40 \mathcal{M} ein Stundenlohn von 45 \mathcal{M} , welcher jedoch verweigert wurde. Besonders die reisenden Kameraden werden ersucht, dort nicht eher in Arbeit zu treten, bis die Sache geregelt ist. — Die Streikenden gehören meistens der Zahlstelle Münster i. W. an.

Der Düsseldorfener Zimmererstreik dauert unverändert fort. Ein Unternehmer hat im Laufe dieser Woche unsere Forderungen bewilligt. Zu den neuen Bedingungen arbeiten bis jetzt 45 Mann. Wir ersuchen sämtliche Kameraden, speziell die in Rheinland-Westfalen, mit allen Kräften dafür zu wirken, daß kein Zimmerer in Düsseldorf zuteilt, und daß, wie in letzter Zeit, nicht so viele Verbandsmitglieder zugereist kommen, mit der faulen Entscheidung: „Wir wußten nicht, daß hier gestreikt wird“, oder: „Wir dachten, der Streik sei schon längst beendet.“

Also nochmals: Komme Keiner nach Düsseldorf, thue Jeder in dieser Hinsicht seine Pflicht, dann kann der endgültige Sieg für uns nicht ausbleiben.
Die Streikleitung.

Streikstatistik. Die amtliche Streikstatistik nach dem Muster des Grafen v. Pofabowski soll mit dem 1. Januar kommenden Jahres ihren Anfang nehmen. Wir lesen darüber in der „Neckarztg.“ vom 22. Juli: „Das kgl. Ministerium des Innern hat auf Grund eines Bundesraths-Beschlusses angeordnet, daß vom 1. Januar 1899 ab über jeden Streik, sowie jede Aussperrung gewerblicher Arbeiter durch die Ortspolizeibehörden eine Statistik herzustellen und dem kgl. statistischen Landesamt zu stellen ist. Die für die Nachweisungen ausgegebenen amtlichen Formulare enthalten je 14 Fragen, worunter die wichtigsten lauten: In wie weit haben Berufsvereinigungen oder dritte Personen auf den Ausbruch des Streiks bezw. den Beginn der Aussperrung hingewirkt und die Sache unterstützt? In wie weit haben Arbeitswillige polizeilich geschügt werden müssen bezw. zu welcherlei polizeilichen Maßnahmen war Anlaß gegeben? Ist auch die kgl. Staatsanwaltschaft in Anspruch genommen worden? Wie viele Personen unter 21 Jahren theilhaftig sich am Streik und wie viel Leute wurden kontraktbrüchig bezw. wie viel wurden von der Arbeit mit Verletzung des Arbeitsvertrages ausgeschlossen u. c.?“

An die Leiter von Streiks tritt, wie wir nochmals hervorheben wollen, um so dringender die Aufgabe heran, gewissenhaft zu berichten, damit wir den hübschen Plan vereiteln helfen.

Ein bemerkenswerthes Erkenntniß, das unsere Zustimmung nicht findet, erließ das Gewerbegericht in Hanau in seiner Sitzung am 18. Juli. Nach dreimal neu anberaumtem Termin wurde die Klage der drei von der Firma Eichenheiner & Müller wegen Verweigerung von Zimmerarbeiten pflöglich entlassenen Maurer zu Ende geführt. Drei Maurer, H., T. und D. von Langensfeldbold, klagen auf eine 14tägige Lohnauszahlung von je

M. 46,80 bzw. M. 44,20 wegen Entlassung ohne Kündigung. Von der Firma wird in den Türflischen Gärten ein Neubau aufgeführt, an welchem zu Ende Juni das Gebälk gelegt werden sollte. Da der Zimmererstreik ausgebrochen war, wurden die Maurer von dem Zimmerparlier ersucht, das Gebälk mit aufzulegen zu helfen. Dies wurde von den Maurern verweigert, mit dem Hinweis darauf, daß sie im Maurerverband wären und eine derartige Handlungsweise gegen ihre Statuten ginge. Der Parlier theilte dies dem Inhaber der Firma mit und Legierer beauftragte den Bauführer B. mit der Schlichtung der Angelegenheit. B. kam anderen Tages auf den Bauplatz und hier wurde auch ihm die Arbeit verweigert. Der Maurer S. äußerte dabei angeblich, wer einen Balken ausrühre, dem schlage er die Knochen entzwei. Es wurden daraufhin alle Maurer entlassen. Von den Maurern wird bei der Begründung ihres Klageanspruchs geltend gemacht, sie wären zu keiner Zimmerarbeit verpflichtet, während von dem Beklagten eingewendet wird, dieselben Maurer hätten bei früheren Gelegenheiten, z. B. bei dem Bau des evangelischen Vereinshauses, ohne Weigerung Gebälk aufzulegen geholfen und er sei zur Entlassung der Maurer quasi gezwungen gewesen, da ohne das Hinaufbesördern des Gebälks eine Fortsetzung der Maurerarbeiten unmöglich gewesen wäre. Die Klage der Maurer wird vom Gewerbegericht abgewiesen, mit der Begründung, daß nach Ansicht desselben die sofortige Entlassung der Kläger unter den gegebenen Umständen gerechtfertigt erschien.

Wir wollen hoffen, daß nicht alle Gewerbegerichte so entscheiden.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Eine Statistik der deutschen Krankenversicherung auf den Zeitraum 1891 bis einschließlich 1896 veröffentlicht das kaiserliche Statistische Amt. Wir geben zum Vergleiche einige Ziffern aus dem Jahre 1891 und aus dem Jahre 1896 wieder.

Gemeinde-Krankenversicherungen	im Jahre 1891		im Jahre 1896	
	Zahl der			
versicherungen	8145		8451	
Mitglieder	1166893		1337962	
Orts-Krankenkassen	4210		4523	
Mitglieder	2900004		3660732	
Betriebs-Krankenkassen	6244		6796	
Mitglieder	1730304		2032475	
Bau-Krankenkassen	132		103	
Mitglieder	27293		24609	
Innungs-Krankenkassen	467		566	
Mitglieder	78064		132081	
Eingefchr. Hülfskassen	1841		1410	
Mitglieder	838481		697546	
Landesrechtl. Hülfskassen	450		262	
Mitglieder	138883		59415	
aller Kassen überhaupt	21498		22111	
Mitglieder	6879921		7944820	

Bermischtes.

Rathschläge eines Redakteurs. Der Redakteur eines englischen Blattes hat in einem Anfluge von Galgenhumor seinen Mitarbeitern folgende Rathschläge erteilt: So lange Sie zum Schreiben etwas Anderes als Feder und Tinte gebrauchen können, hüten Sie sich, sie zu verwenden. Die Schrift könnte leicht zu deutlich sein und würde dann die Aufmerksamkeit des Redakteurs und des Setzers nicht genügend fesseln. Sind Sie aber durch den Zufall genöthigt, mit Tinte und Feder zu schreiben, so hüten Sie sich wenigstens, bei dem Wenden des Papiers Böschpapier zu benutzen, dies ist schon längst aus der Mode. Wenn Sie einen Kletsch machen, mögen Sie sich Ihrer Zunge bedienen, um ihn zu entfernen. Derart wird es Ihnen auch gelingen, ihn auf einen größeren Raum und in gleichmäßiger Weise auszubreiten. Ein intelligenter Setzer fñhlt sich nie mehr geschmeichelt, als wenn es gilt, einige zwanzig Wörter, die durch dieses Verfahren unleserlich gemacht wurden, zu entziffern. Wir selbst sahen deren mehrere eine halbe Stunde damit zubringen, solch' eine Stelle zu lesen; während dieser Zeit schlucten sie wie die Matrosen, was bei ihnen darauf deutet, daß sie höchst guter Laune sind. Wenden Sie nie Satzzeichen an; uns ist es sehr angenehm, wenn wir errathen müssen, was Sie eigentlich sagen wollten. Große Anfangsbuchstaben zu gebrauchen, ist ebenfalls überflüssig, so können wir wenigstens die Zeichen nach eigenem Gutdünken anwenden. Es ist vollkommen unnöthig, sich eine leserliche Handschrift anzueignen, sie verräth immer eine plebejische Abstammung und berechtigt überdies zu der Annahme, daß Sie in einer öffentlichen Schule Ihre Ausbildung erhalten haben. Eine schlechte Schrift deutet auf Genie hin. Viele Schriftsteller machen sich überhaupt auf diese Weise bemerkbar. Schließen Sie daher bei dem Schreiben die Augen und schreiben Sie so unleserlich wie möglich. Auf Eigennamen ist nicht besonders zu achten, denn jeder Setzer kennt den Vor- und Zunamen eines jeden Mannes, Weibes und Kindes auf der ganzen Welt, und wenn wir nur den Anfangsbuchstaben eines Namens errathen zu können glauben, so genügt dies vollkommen; wohl ist es wahr, daß wir jüngst Samuel Marisgon statt Semuel Messenger gedruckt haben, doch wird dadurch gewiß kein gebildeter Leser irregeführt worden sein. Also nochmals, achten Sie nicht auf den Eigennamen. Sehr vortheilhaft ist es, beide Seiten des Papiers

zu beschreiben, und wenn sie vollgeschrieben sind, und man einige hundert Zeilen beifügen muß, empfiehlt es sich, über die Quere zu schreiben, denn noch ein Blatt deshalb zu opfern, wäre wahrscheinlich des Guten zu viel gethan. Wir sind im siebenten Himmel, wenn wir solch' ein Manuskript in Händen haben; am liebsten wäre es uns, wenn wir auch den Schreiber in einem stillen Winkel unter unseren Händen hätten. Wie wäre die Sache süß! Das braune Packpapier ist zum Schreiben besonders verwendbar; wenn Sie aber keines haben, so kann man auf der Straße wohl im Vorbeigehen von einem Platate das nöthige Papier abreißen. Falls man sich eines solchen Papiers bedient, ist es rathsam, auf jener Seite zu schreiben, die bekleistert ist. Wenn ein Artikel beendet ist, so trage man ihn, ehe er der Redaktion zugesandt wird, einige Tage in der Tasche mit sich herum. Wurde der Artikel mit Bleistift geschrieben, so sind die Vortheile des Systems unschätzbar. Suchen Sie ein oder das andere Blatt zu verlieren; die Zusammensetzung loser, nicht numerirter Blätter macht uns stets besondere Freude.

Eingefandt.

Au die Zimmerer von Potsdam und Umgegend.

Kameraden! Die letzten 14 Tage hat es nicht an Stoff gefehlt, Euch aus dem süßen Traum, welchem Ihr Euch ergehen habt, aufzumuntern. Leider haben wir die traurige Erfahrung machen müssen, daß in der laufenden Mitgliederversammlung auch nicht ein einziger uns fern stehender Kamerad zu sehen war, der die traurige Lage, in der wir uns befinden, erkannt hat.

Kameraden! Es ist die höchste Zeit, daß wir uns Alle, Mann für Mann, die wir uns von der Zimmererei ernähren wollen und müssen, um das Banner der Organisation, das Banner des Verbandes der Zimmerer Deutschlands, schaaren.

Kameraden! Habt Ihr die Unternehmer noch nicht erkannt, zeigten sie Euch nicht ihr wahres Gesicht, als sie die Maske der Arbeiterfreundlichkeit herabrisßen, und Mann für Mann den Beschluß der Baugewerks-Innung, ohne ihn gelesen zu haben, mit ihren Namen aus schmückten. Als nun die rothen Fettel an allen Mißfaß-Säulen und in jeder Werkstatt angeschlagen waren, da sahen sie erst ein, welchen dummen Streich sie da gemacht und flugs hielt die Uneinigkeit in ihre Reihen Einzug! Noch eher, als wir es erwarteten, war der Beschluß zu Wasser geworden. Doch, Kameraden, dies nur nebenbei. Unsere Aufgabe muß und wird die sein, Schulter an Schulter zu stehen und zu kämpfen, damit wir einem solchen Angriff widerstehen können. Kameraden, hätte das Unternehmertum uns den Handtschuh hingeworfen, wir hätten ihn aufgenommen. Denn wir wissen ganz genau, daß die Zimmerer Deutschlands niemals werden zugeben, daß ihre Berufsgenossen in Potsdam um Gnade bitten und darum ist es Pflicht, daß Ihr Euch organisiert.

Kameraden! Es ist noch nicht aller Tage Abend, wer weiß, was uns der morgende Tag bringt. Darum folgt dem Wahnsinn; besser heute als morgen hin zu dem Kassirer des Verbandes, angemeldet und hinein in die Reihen, damit wir stark und kräftig einen neuen Angriff zurückschlagen können und in den Ruf mit einstimmen: „Die moderne Zimmererbewegung, sie lebe hoch!“

Anmeldung und Aufnahme neuer Mitglieder ist alle Sonnabende von 8—10 Uhr Abends, sowie in jeder Mitglieder- und öffentlichen Versammlung im Verbands-totale, W. Glaser, Brandenburger Communication Nr. 16.

Ein Kamerad.

Frankfurt a. M., 19. Juli 1898.

Geehrter Herr Redakteur!

Ich sehe mich veranlaßt, folgende Berichtigung des Artikels von Frankfurt a. Main im „Zimmerer“ vom 16. Juli Ihnen mitzutheilen und bitte, dieselbe zu veröffentlichen.

Die Aussage des Kameraden Steidung in der Versammlung in Betreff des Zimmerplatzes von Müller ist nicht richtig. Entweder ist es dem Kameraden Steidung falsch gesagt worden oder es hat sich hier ein Irrthum eingeschlichen.

Am Montag, den 6. Juni, legte Unterzeichneter mit noch fünf Kameraden die Arbeit nieder mit der Forderung von 44 $\frac{1}{2}$ und den älteren Kameraden 45 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn, bei zehnstündiger Arbeitszeit. Herr Müller sagte: „Ich bezahle 42—43 $\frac{1}{2}$ bei elfstündiger Arbeitszeit.“ Nach langem Hin- und Herreden arbeiteten wir weiter. Herr Müller sagte noch: „Er könne momentan nicht mehr bezahlen.“

Kamerad J. Pech, Schwarzburgstr. 36 I.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokalvorstände respektive Vertrauensleute bei.

* Mehrere Berichte mußten zu der nächsten Nummer zurückgestellt werden. Auch einige andere Einsendungen mußten für diese Nummer unberücksichtigt bleiben, weil der Redakteur mehrere Tage im Interesse des Verbandes verreist war.

Grasdorf, A. D. Der Bericht in der Nr. 23 ist uns so zugesandt. Bevor die Plakette bekannt gegeben wird, muß ein Bericht über dieselbe an den Hauptvorstand gesandt werden.

Potsdam, A. F. Das „Eingefandt“ mußte Raum-mangels halber zurückgestellt werden.

Berichtungs-Anzeiger.

- Altdamm.** Sonntag den 7. August, Nachm. 3 Uhr, bei Klatt, Langestr. 8.
- Auskam.** Montag, den 1. August, Abends 8 Uhr.
- Arheilgen.** Dienstag, den 2. August. Dann alle 14 Tage.
- Arnswalde.** Sonntag, den 7. August, Nachm. 3 Uhr, im „Schützenhaus“.
- Augsburg.** Sonntag, den 7. August, im Gasthaus „Zum Augsburger Hof“, Schwibbogengasse.
- Blaulenburg.** Montag, den 1. August.
- Bochum.** Sonntag, den 7. August, Nachm. 4 Uhr, in der „Germaniahalle“.
- Boitzenburg.** Sonntag, den 7. August, Nachm. 5 Uhr, im Vereinslocale.
- Braunsfeldt.** Sonntag, den 31. Juli, Nachm. 4 Uhr, auf der Herberge.
- Braunschweig.** Donnerstag, den 4. August, bei Eberling, Dohlschlagern 40.
- Brandenburg.** Sonntag, den 7. August, Vorm. 9 Uhr, auf der Herberge, Wollenweberstraße.
- Bremervörde.** Sonnabend, den 6. August, bei C. Krull, Altestraße.
- Brinnum.** Sonntag, den 7. August, Nachm. 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Wöhlke, in Erichshof.
- Burg b. Magdeb.** Sonntag, den 7. August, Nachm. 4 Uhr, auf der Herberge.
- Bunzlau.** Sonntag, den 7. August, im „Goldenen Stern“.
- Calbe a. d. S.** Jeden Sonnabend vor dem 1. eines jeden Monats im Locale „Reichs-Kapelle“, Schloßstraße.
- Caanstatt.** Freitag, den 5. August, im „Russischen Hof“, Badstraße.
- Celle.** Mittwoch, den 3. August, Abends 8 Uhr.
- Charlottenburg.** Dienstag, den 2. August, bei Leder, Bismarckstr. 74.
- Cottbus.** Mittwoch, den 3. August, bei G. Dießl, Schloßplatz.
- Coburg.** Montag, den 1. August.
- Cracau b. Magdeburg.** Sonnabend, den 6. August, Abends 7 Uhr, Zahlabend bei Eisfeld.
- Deffau.** Sonnabend, den 6. August, Zahlabend, Wallenstädterstr. 1.
- Danzig.** Dienstag, den 1. August.
- Darmstadt.** Montag, den 1. August, Abends 6 Uhr, im „Goldenen Pfau“.
- Dortmund.** Sonntag, den 7. August, Nachm. 4 Uhr, bei Spönn, Heiligegartenstr. 50.
- Döbeln.** Mittwoch, den 3. August, bei Hempel, Neugasse.
- Düsseldorf.** Sonntag, den 7. August, Vorm. 11 Uhr, bei F. Drießen, Grafenbergerstr. 27.
- Essen a. d. R.** Sonntag, den 7. August, bei Leo Felchner, Viehhofstr. 76.
- Eilenburg.** Sonntag, den 7. August, Nachm. 4 Uhr, im „Bergkeller“.
- Elberfeld.** Sonntag, den 7. August, Vorm. 11 Uhr, bei Stehr, Neustr. 12.
- Eppelheim.** Jeden ersten Sonntag im Monat. Nächste Versammlung am 7. August.
- Erlangen.** Sonntag, den 7. August, Nachm. 3 Uhr.
- Flensburg.** Mittwoch, den 3. August, Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Andresen, Fischerstraße.
- Frankfurt a. M.** Mittwoch, den 3. August, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Rebstock“, Kruggasse 4.
- Frankfurt a. d. O.** Mittwoch, den 3. August, Abends 8 Uhr, im „Vorwärts“.
- Friedrichshagen.** Dienstag, den 2. August, bei May Lerche, „Bürgerhalle“.
- Freiburg i. B.** Sonntag, den 7. August, Vormittags 10 Uhr, bei Schwante, Belforterstraße.
- Gera.** Dienstag, den 2. August, bei Becker, Waldstr. 6.
- Grünberg.** Dienstag, den 2. August, Abends 8 Uhr, bei Hamel, „Im goldenen Frieden“.
- Guben.** Mittwoch, den 3. August, Abends 7 Uhr, bei Herrn Rabisch, Schögelnerstr. 32.
- Hagen.** Sonnabend, den 6. August, bei Tendam, Weringhauserstr. 2.
- Hagenow.** Sonnabend, den 6. August, eine halbe Stunde nach Feierabend.
- Halberstadt.** Dienstag, den 2. August, in Bollmann's Lokal, Bakenstr. 63.
- Halle a. d. S.** Sonntag, den 7. August, bei Streicher, Gasthaus „Zu den drei Königen“.
- Hannover.** Dienstag, den 2. August, im Restaurant Neustr. 27.
- Harburg.** Dienstag, den 2. August, bei Lüßenhopp, Bergstr. 7.
- Hastedt.** Sonntag, den 7. August, im Vereinslocale.
- Haynau.** Sonntag, den 7. August, Nachm. 3 Uhr, bei H. Blümel, „Blauer Tisch“.
- Herne.** Sonntag, den 7. August, Nachm. 4 Uhr, bei Adam Bonum, Bochumerstr. 14.
- Hof.** Sonnabend, den 6. August in Hager's Restaurant, Marienstr.
- Hufum.** Sonnabend, den 6. August, beim Gastwirth Claussen, Hasenstr.
- Jümenau.** Dienstag, den 2. August.
- Juchow.** Dienstag, den 2. August.
- Kotta b. Dresd.** Sonnabend, den 8. August, in „Stadt Dresden“, Leutewitzerstr. 30.
- Köln a. Rh.** Sonntag, den 7. August, bei Th. Moll, Kl. Griechenmarkt 59.
- Kyritz.** Sonntag, den 7. August.
- Lahr.** Sonntag, den 7. August, im Locale „Kanone“.
- Langensfeld.** Sonntag, den 7. August, bei Herrn W. Einckh.

